

Posener Zeitung.

Inserate

1/4 Sgr. für die fünfgespal-
tene Seite oder deren Raum,
Klammern verhältnismäßig
höher, sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 23. Oktober. Se. Majestät der König haben Allergnädigst ge-
ordnet: Den Geheimen Ober-Regierungsräthen v. Krosigk und v. Schwei-
ger, vortragenden Räten im Ministerium des königlichen Hauses, und zwar
den Räten des ersten Abtheilungs-Raths, ferner dem General-Staatsan-
walt v. Angerleben bei dem Ober-Tribunal des Charakters als Wirklicher
Geheimen Ober-Justizrath mit dem Range eines Rathes erster Klasse zu verlei-
hen; den Regierungs- und Bau-Rath und Mit-Direktoren der Ministerial-
Bau-Kommission Herrmann zu Berlin zum Geheimen Baurath und vortra-
genden Rath bei dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeit-
samkeit; so wie den Kreisgerichtsrath Roske in Goldberg zum Appellationsge-
richtsrath in Posen zu ernennen; den Kreisgerichts-Direktor Pauli zu Lobau
zu gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Angermünde zu versetzen und den
Kreisgerichtsrath Petrenz in Alt-Landsberg zum Direktor des Kreisgerichts
in Templin und den katholischen Divisionspfarrer Dreyer von der 2. Garde-
Infanterie-Division zum Regierungs- und Schul-Rath zu ernennen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, 23. Oktober, Nachmittags. In der heutigen Sitzung
des Unterhauses wurde der provisorische Gesetzesentwurf angenom-
men; gleichzeitig wurde der betreffende Ausschuss mit Ausarbeitung
eines neuen Gesetzesentwurfs auf Grund der Unabhängigkeit des Ehe-
vertrages von kirchlichen Anordnungen beauftragt.

München, 23. Oktober, Morg. Die „Süddeutsche Presse“
meldet aus Nürnberg vom gestrigen Tage: Die Gemeindebevollmäch-
tigten der Stadt Nürnberg haben in öffentlicher Sitzung einstimmig
eine Dankadresse an die Kammer der Abgeordneten für die An-
nahme der Zollvereinsverträge votirt.

München, 23. Oktober, Vormittags. Die Kammer der Ab-
geordneten genehmigte die Uebereinkunft zwischen Bayern und dem
Norddeutschen Bunde vom 8. Mai d. S. betreffend die gleichmäßige
Erhebung einer Abgabe auf Salz mit allen gegen 13 Stimmen,
und nahm alsdann ohne Debatte mit demselben Stimmenverhältnis
den Gesetzesentwurf, betreffend die Erhebung der Salzsteuer im
Königreich Bayern, an.

München, 23. Oktober, Nachmittags. Die Abgeordneten-
kammer genehmigte in ihrer heutigen Sitzung den Gesetzesentwurf,
betreffend die Wahl bayerischer Abgeordneten zum deutschen Zoll-
parlament mit allen gegen 14 Stimmen.

München, 23. Oktober, Abends. Wie glaubhaft versichert
wird, beantragt der Referent des Ausschusses der Reichstagskammer
für die Finanzen in seinem Referate, die Kammer möge den Zoll-
vereinsverträgen ihre Zustimmung verjagen. Der Ausschuss wird
morgen hierüber in Berathung treten.

Stuttgart, 23. Oktober, Vormittags. Der König und die
Königin werden heute von Friedrichshafen hierher zurückkehren. —
In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer meldete Deckerlen
eine Interpellation an den Minister des Innern an, welche die An-
frage enthält, weshalb die von 43,000 Staatsbürgern unterzeichnete
Petition an den König gerichtete Adresse wegen Berufung einer Landes-
versammlung behufs Revision der Verfassung unbeantwortet ge-
blieben sei.

Stuttgart, 23. Oktober, Nachmittags. Die Abgeordne-
tenkammer hat unter Einwilligung der Regierung die Verathung über
den Schutz- und Trugbündnis mit Preußen hier bis zur nächsten
Sitzung verschoben.

Darmstadt, 23. Oktober, Nachmittags. Ihre königlichen
Hoheiten der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin von Preußen
sind mit ihren Kindern, dem Prinzen Heinrich und der Prinzessin
Victoria nach England abgereist.

Paris, 23. Oktober Nachmittags. Der Kaiser von Oesterreich
ist um 3 Uhr Nachmittags hier eingetroffen. Kaiser Napoleon er-
wartete denselben im Bahnhofgebäude. Die kaiserlichen Wagen,
welchen eine Eskorte von Karabiniers folgte, fuhrten direkt nach dem
Palais de l'Élysée. Das Publikum war zahlreich versammelt.

Paris, 23. Oktober Abends. Der „Abendmoniteur“ sagt
in seiner Wochenrundschau: Die Note des „Moniteur“ macht das
Resultat des Appells bekannt, welchen Frankreich an Italien gerich-
tet hat. In dem die französische Regierung die Ausführung der
Septembekonvention verlangte, hat die italienische Regierung die
Bucht ihrer Verpflichtungen begriffen und ihren festen Willen zu
den Bedingungen, die Schaaeren der Freiwilligen anzuhalten, sich
den Verbündeten zu widersetzen und eine strenge Ueberwachung der
papistischen Grenze anzuordnen.

Der „Moniteur“ konstatiert noch die Niederlage der Garibal-
dianer, die Tapferkeit der päpstlichen Truppen und die treue Ge-
sinnung der römischen Bevölkerung und fügt hinzu: Seit drei Wo-
chen hat die Bevölkerung der päpstlichen Staaten durch ihre Haltung
die Behauptungen der revolutionären Presse, daß ein Angriff der
Aktionenpartei einen römischen Aufstand bewirken werde, hiezig
zurückgewiesen.

Dasselbe Blatt sagt: Der Kaiser von Oesterreich ist heute ange-
kommen. Die öffentliche Meinung in allen Ländern, welche unter
dem Habsburgischen Scepter stehen, nimmt mit Genugthuung die
Worte des Kaisers auf und sieht darin ein Zeugnis für die freund-
schaftlichen Gefühle, welche die Souveräne Oesterreichs und Frank-
reichs vereinigen.

Einer Mittheilung der „Patrie“ zufolge werden die Truppen,
die sich in Toulon wieder ausgeschifft sind, provisorisch in einem
in Toulon aufgeschlagenen Lager bleiben.

Florenz, 22. Oktober, Abends. Der bereits kurz signalis-
irte Artikel der „Gazzetta ufficiale“ lautet folgendermaßen: Das
Ministerium gab am Sonnabend seine Demission; General Cial-
dini wurde beauftragt eine neue Regierung zu bilden. Nachdem
dieselbe vergeblich versucht, die Schwierigkeiten der Lage dadurch zu

lösen, daß er den bisherigen Ministern die Beibehaltung ihrer
Portefeuilles zugestand, ist er augenblicklich damit beschäftigt, ein
neues Kabinet zu schaffen. Die ersten Schwierigkeiten, welche die
augenblickliche politische Lage darbietet, werden rasch beseitigt wer-
den, wenn nur das gegenseitige Vertrauen sich nicht vermindert.
Die Drohung einer französischen Intervention ist geschwunden.
Die Regierung wird den Traditionen einer italienischen Politik
treu bleiben. Die wahrhaften und großen Interessen des Landes
werden keine Beleidigung zu erdulden haben. Möge die Nation
sich in ruhiger und verständiger Erwägung sammeln, möge sie Ver-
trauen haben zu den Institutionen, nach denen wir regiert werden,
zu dem Geiste, der die Regierung besetzt, zu der anerkannten Loya-
lität des Königs, welcher sein Geschick an dasjenige Italiens knüpfte.
Der Umstand, daß Italien so viele frühere Gefahren glücklich über-
wunden hat, möge dem Volke zugleich dafür Gewähr sein, daß die
Elemente, auf welchen seine Wiedererhebung beruht, in diesem
Augenblick keine Erschütterung ertragen können.

Florenz, 23. Oktober. Aus Rom keine Nachricht. Jede
Verbindung ist unterbrochen. „Opinione“ meldet: Garibaldi
wurde in Soligno angehalten und ihm die Fortsetzung der Reise
unterjagt.

Florenz, 23. Oktober Abends. Einer Mittheilung des „Cor-
riere Italiano“ zufolge verlautet gerüchtesweise das Cialdini die
Portefeuilles der auswärtigen Angelegenheiten und des Krieges,
Durando das des Innern, Bigliano das der Justiz, Messedaglia
das des öffentlichen Unterrichts, Rudini das des Ackerbaues, Cor-
renti das der öffentlichen Arbeiten, Depretis das der Finanzen und
Cugia das der Marine erhalten werden. Sicherer verlautet indes
nicht darüber.

Kopenhagen, 23. Oktober Nachm. „Berlingske Tidende“
veröffentlicht einen Protest des gegenwärtig auf seinem Gute Lind-
holm weilenden Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein,
Barons v. Scheel-Plessen, gegen den von dänischen Blättern dem-
selben gemachten Vorwurf des Landesverraths. Herr v. Scheel-
Plessen erklärt, er habe anfänglich beabsichtigt, den Rechtsweg ge-
gen jene Blätter einzuschlagen, davon aber Abstand genommen;
er habe stets den dänischen Gesamtstaat vertheidigt, und hoffe,
daß die kommenden Zeiten ein gerechtes Urtheil über ihn fällen
werden.

Athen, 21. Oktober. Die Regierung hat von der Deputir-
tenkammer die Anerkennung von 4 verausgabten Millionen und
zur Anschaffung von Schiffen und Waffen einen weiteren Kredit
von 7 Millionen Drachmen verlangt.

Karlsruhe, 23. Oktober. Die Herrenkammer genehmigte heute
einstimmig den Zoll- und Handelsvertrag, den Vertrag über die Salz-
abgabenerhebung, den Gesetzesentwurf über die Zollparlamentwahlen,
so wie den Allianzvertrag mit Preußen.

Florenz, 23. Oktober Nachmittags. Eine römische Kommis-
sion kommt her, um die Intervention des Königs zu erbitten.

Abends: Durando zögert ein Portefeuille anzunehmen, das
bisherige Ministerium funktioniert noch.

Paris, 23. Okt. Das Abendgeschäft ist matt, Rente 68, 20
angeboten, Italiener ohne feststellbaren Kurs.

Die Resolution.

welche vorgestern der hiesigen Wähler-Versammlung vorgelegt wurde,
haben wir jetzt gedruckt vor uns. Wir bitten, uns zu entschuldigen,
wenn wir in unserem gestrigen Artikel nicht ganz genau citirt haben.
Sie lautet wörtlich: Die Versammlung beschließt:

Der Vertreter der Stadt Posen soll unter allen
Umständen und mit allen Kräften für die rechtliche
und thatsächliche Zugehörigkeit der Provinz Posen
zu dem Norddeutschen Bunde eintreten.

Er soll für einen Ausbau der preussischen Ver-
fassung in entschieden liberalem Sinne wirken.

Er soll ferner dahin wirken, daß die etwa noth-
wendigen Verfassungsänderungen in der Richtung
erfolgen, daß durch sie die Verbindung Preußens
mit dem Norddeutschen Bunde sich immer fester ge-
statte.

Es sollen nur solche Wahlmänner gewählt wer-
den, die für die Wahl eines so gesinnten Abgeord-
neten zu wirken versprechen.

bleiben wir bei dem ersten Passus stehen, so müssen wir wie-
derholen, daß er uns den Eindruck macht, als wäre er vor einem
Jahre abgefaßt, und als ob der Abgeordnete verpflichtet würde, für
Etwas einzutreten, was künftig geschehen solle. Es kann von dem
Abgeordneten der Stadt Posen nicht weniger gefordert werden,
als dies; die gleiche Forderung ist selbstverständlich an alle Abge-
ordnete gerichtet, welche jemals die Stühle des preussischen Land-
tags oder des Reichstags zieren werden; sie heißt soviel als: Ihr
werdet die Integrität des deutschen Bundes und seiner Verfassung
zu wahren haben. Von dem Abgeordneten der Stadt Posen wird
noch speciell erwartet, daß er auch für die deutschen Interessen
der Provinz eintrete. Wenn wir die Gewißheit nicht haben, daß
er dieser Erwartung entsprechen wird, so können wir ihn trotz der
besten Eigenschaften nicht zu unserem Vertreter machen.

Nun entsteht die Frage nach dem Grunde, aus welchem der
Wähler-Versammlung dieses Minimum vorgeschlagen worden?
Wir müssen gestehen, daß der nichtsagende Passus, der dennoch
wieder als nützlicher Röder benutzt werden soll, uns an einige, sogar
gedruckte, bei den ersten Reichstagswahlen gefallene Aeußerungen
erinnert: das Kompromiß der deutschen Partei begünstige man nur

für jene Wahlen, weil es sich dabei vor Allem darum handele, den
nationalen Charakter der Bevölkerung herauszuföhren, später werde
man zu der alten Parteischeidung und event. zum reinpolitischen
Kompromiß zurückkehren.

Der angeführte Passus steht einem Kompromiß mit den Po-
len nicht entgegen. Wir haben zwei Thatsachen im Sinne, die da-
für sprechen, daß sich unter Umständen polnische Kandidaten bereit
finden lassen würden, sich über ihn hinwegzusetzen, falls sie dadurch
in den Besitz eines Mandats gelangen könnten. In unserer Pro-
vinz wie in Westpreußen kam bereits einmal eine Kompromißwahl
auf den polnischen Kandidaten zu Stande, in Folge der Erklärung
des letzteren, daß er die Frage der Landes- resp. Bundesintegrität
als fertige Thatsache behandeln werde. Diese Erklärung verpflichtete
ihn zu nichts weiter, als zur Passivität. Wir glauben, daß
hiernach auch die Erfahrung den ersten Passus dieser Resolution
verwerfen muß.

Ueber das Alinea 1 des zweiten Passus haben wir uns bereits
des Weiteren ausgesprochen. Wird es strikte genommen, so müssen
die Urheber der Resolution von der Wiederwahl unseres früheren
Abgeordneten ablehen, welcher sich bekanntlich der national-liberalen
Partei angeschlossen hat, und ihr Auge auf die Herren Jacoby,
Dunker, Löwe u. r. richten, gleichwie der Versuch gemacht wird, dem
Kreis Fraustadt, der einen national-liberalen Abgeordneten bis jetzt
hatte, Herrn Parrisius zu oktroyiren. Einen Namen zu nennen,
haben die Leiter der hiesigen Wahlagitation bis jetzt verschmäht.

Das zweite Alinea leidet an einer gewissen Evidenz, um
nicht zu sagen, an einem Mangel an Logik. Wenigstens halten wir
dafür, daß es den gewöhnlichen Begriffen nicht entspricht, das Grö-
ßere dem Kleineren zu verbinden. Preußen ist nicht den Staaten
des Norddeutschen Bundes angeschlossen, sondern umgekehrt. Da
wir indes nicht annehmen mögen, daß mit der beliebigen Fassung
ein Aufgeben Preußens in den Norddeutschen Bund hat angedeutet
werden sollen, sondern diese mehr auf Unfertigkeit der Vorberathung
zurückführen, so wollen wir uns dabei nicht länger aufhalten. Wir
finden kein Vergnügen an Splitterritterei; es liegt uns die Sache
am Herzen, und diese scheint uns im Augenblick gefährdet.

Wenn uns nicht Bromberg bei der letzten Reichstagswahl das
Beispiel gegeben hätte, daß eine kleine Minderheit ohne auch nur
den Versuch einer Verständigung mit den andern Parteien zu
machen, zur Aufstellung eines eignen Kandidaten schreiten könne, auf
auf die Gefahr hin, daß er von den Polen geschlagen werde, so wür-
den wir sagen, das jetzt bei uns eingeschlagene Verfahren sei beispiellos.
In Städten wie Berlin, Breslau, Königsberg ist dasselbe gerecht-
fertigt. Tritt dort die Fortschrittspartei selbständig hervor, so zählt
sie eben auch nur auf die Unterstützung ihrer Parteigenossen und
stellt keine Anforderung an die andern Parteien. Es ist ihre
eigene Sache, ihrem Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Hier lie-
gen die Verhältnisse anders. Hier wissen wir, daß eine Partei, am
allerwenigsten eine, die erst geschaffen werden soll, ohne die andern
nicht siegen kann, wir wissen, wie sehr wir einander bedürfen, wir
können auch nicht vergessen haben, wie sehr sich gerade die politischen
Parteien unserer Stadt durch ihr Entgegenkommen, ihre Toleranz
bisher ausgezeichnet haben. Hier also einer kleinen Partei eine
solche Superiorität einräumen zu wollen, daß sie alle andern
Parteien an ihren Wegen spanne, ist unbillig und unzulässig.

Deutschland.

Preußen. △ Berlin, 23. Oktober. Die süddeutschen
Regierungen sind in amtlicher Weise von hier aus benachrichtigt
worden, daß, was auch der Minister von Freidorf schon als die preu-
ßische Anschauung hingestellt hat, die Zollverträge und die Allianz-
verträge sich gegenseitig bedingen. Welcher von den süddeutschen
Staaten einen der beiden Verträge fallen läßt, der hat gleichzeitig
den anderen Vertrag als von Preußen gekündigt anzusehen. Der
„Stuttgarter Beobachter“ wünscht sich freilich Glück, wenn der Zoll-
vertrag falle, weil man dann neue Verhandlungen mit günstigeren
Aussichten für Württemberg eröffnen könne. Das Blatt befindet
sich jedoch im Irrthum, da Preußen, wie auch Fürst Hohenlohe in
der bayerischen Kammer erklärt hat, einen Zollvertrag mit den süd-
deutschen Staaten nur auf den von Preußen vorgeschlagenen Grund-
lagen acceptirt. Es ist nicht Willens, Verträge, welche so tief in
das volkswirtschaftliche Leben Deutschlands eingreifen, mit Staa-
ten aufrecht zu erhalten, welche nicht einmal die kleine Konzession,
die Truppenführung im Kriege Preußen zu übertragen, machen
wollen und die Garantie ihrer staatlichen Existenz durch eine deutsche
Großmacht ablehnen, um sich auf das Ausland zu stützen; denn
einen anderen Zweck könnte eine solche abweisende Haltung kaum
haben. Der Zollverein ist ein nationales Band und setzt als Fun-
dament seiner Existenz den Wunsch voraus, den nationalen Zusam-
menhang seiner Glieder nach Kräften aufrecht zu erhalten und dafür
einzustehen. Ist dieser Wunsch bei einem Staate nicht vorhanden,
und fehlt ihm das Vertrauen, daß er durch Preußen gesichert werde,
so würden alle Verhandlungen mit letzterem mit Mißtrauen behaf-
tet sein.

Alle Gerüchte, die davon sprechen, daß Preußen Italien Vor-
stellungen gemacht habe, welche dessen Regierung in Frankreichs
Arme getrieben hätten, sind erfunden. (s. unten.)

Der Ministerpräsident ist von einem leichten Unwohlsein be-
fallen, das ihn hoffentlich nicht verhindern wird, den wichtigen Ver-
handlungen vor Schluß des Reichstags beizuwohnen.

In Bezug auf den Transit ist der Postkonferenz von Preußen
vorgeschlagen worden, daß wenn derselbe in geschlossenen Briefpa-

Leten stattfinden, an die Postanstalt des Grenzgebiets eine Vergütung im Betrage von höchstens 1/2 Silbergroschen pro Brief oder von 2 Silbergroschen pro 30 Gramm für die vom Ausland eingehende Korrespondenz entrichtet werde. Was die Abrechnung des Portos für Briefpostgegenstände betrifft, so ist für den mit den süddeutschen Staaten abzuschließenden Vertrag die Proposition gestellt worden, daß die Post-Verwaltung des Aufgeb. resp. des Grenzgebiets daselbe bezieht.

4 Berlin, 23. Oktbr. Die Postkonferenz dürfte keineswegs so schnell mit ihren Arbeiten zu Ende kommen, als man hier und da anzunehmen geneigt ist; es dürften bis zum Abschluß des Vertrages doch noch etwa 14 Tage vergehen. Heute schon dachte man zu dem Hauptpunkte, dem Verhältnis des Transitportos bei Verträgen einzelner der verhandelnden Staaten mit fremden Mächten, zu gelangen, jedoch kam man trotz vierstündiger Sitzung nicht dazu. Man beschäftigte sich lediglich mit dem Fahrposttarif und stieß dabei auf erhebliche finanzielle Bedenken. Es zeigte sich, daß die kleineren Staaten eine erhebliche Einbuße der Einnahmen zu gewärtigen hätten, wenn die Vorlage pure angenommen würde. Unter den mehrfach vorgeschlagenen Auskunftsmittelein befand sich auch ein Antrag, einen großen Postverein zu bilden und die Gesamteinnahmen Preußen mit der Maßgabe zu überweisen, diese unter die Kontrahenten so zu vertheilen, daß sie in ihrem jetzigen Etat keine Einbußen erleiden. Beschlüsse sind jedoch noch über keinen der vorliegenden Anträge gefaßt worden. Morgen wird die Konferenz von 9 bis 11 Tagen, da die Mitglieder auf Einladung des General-Postdirektors v. Philipsborn der morgenden Verhandlung des Reichstages über das Posttarifwesen beizuwohnen werden. Von Seiten der Fortschrittspartei werden in Berlin für das Abgeordnetenhaus aufgestellt im 1. Wahlkreise die Herren Waldeck, Löwe, v. Hoyerbeck, im 2. Wahlkreise Johann Jacoby und Runge, im 3. Schulze-Delitzsch und Virchow; im 4. ist man noch nicht schlüssig geworden.

Noch mehr als über die gestrige schnelle Abwicklung der Reichstagesordnung war man heute erstaunt über die gänzlich unerwartete Ausdehnung der heutigen Sitzung, welche man in einer Stunde abzumachen meinte. Zu den Schmerzenskindern des Reichstages ist aber nun auch noch Lippe-Deimold gekommen und der Minister dieses Ländchens regalierte die Versammlung, die er noch dazu ziemlich kavalierlich behandelt, mit einem fast einstündigen Vortrage. Es war ein wahres Glück, daß Herr v. Hennig die Zurückweisung an die Kommission beantragte, sonst debattirte man vielleicht bis gegen 6 Uhr noch darüber. Die Art und Weise, wie die Rechte des Hauses Mitglieder der Minorität behandelt, indem sie deren Ausführungen andauernd durch Gelächter und Zwischenrufe unterbricht, ist, zumal wenn der Redner erklärt, daß Unwohlsein ihn hindere, sich eingehend über sein Thema zu verbreiten, wie es heute der Abg. Hausmann that, der Würde des Hauses nicht entsprechend. — Die mecklenburgische Petition ist unerledigt geblieben, da sämtliche Anträge abgelehnt wurden, ein Umstand, welcher darin seinen Grund hat, daß die Konservativen und die Liberalen nach Verwerfung des Antrages auf motivirte Tagesordnung gegen die Kommission stimmten. Die Rede des Grafen Bassow, mit der Glorifizierung der mecklenburgischen Zustände, führte wiederholt zu lebhafter Heiterkeit. — Mit einiger Spannung sieht man der Schlußabstimmung über die Zollvereinsverträge wegen ihres Zusammenhanges mit den Voten der süddeutschen Kammern entgegen.

Se. Majestät der König sind Vormittags 11 Uhr per Extrazug von Baden-Baden kommend, wohlbehalten hier eingetroffen und wurden auf dem Anhalt'schen Bahnhofe von Ihren königlichen Hoheiten den zur Zeit anwesenden Prinzen des königlichen Hauses, dem Prinzen August von Württemberg, dem Feldmarschall Grafen Wrangel, dem Oberst-Kammerer Grafen Nodden, dem Gouverneur, Kommandanten, und Polizei-Präsidenten von

Berlin, dem General-Adjutanten, General der Infanterie von Brauchtiß und den Flügel-Adjutanten empfangen.

Se. Majestät der König besuchten heute gegen 2 Uhr den Ministerpräsidenten Grafen Bismarck, der eines leichten Unwohlseins halber das Zimmer nicht verlassen konnte.

Die „Provinzial-Korrespondenz“ schreibt: „Unser König ist nach fünfwochentlicher Abwesenheit heute von Baden-Baden über Frankfurt a. M. nach Berlin zurückgekehrt. Gestern Morgens hat in Dos (bei Baden) eine kurze Zusammenkunft des Königs mit dem Kaiser von Oesterreich stattgefunden. Unser König begab sich früh um 7 Uhr zu Wagen von Baden nach Dos, um den Kaiser, welcher auf der Reise nach Paris begriffen ist, zu begrüßen. Die beiden Monarchen verweilten einige Zeit in freundschaftlichem Gespräch. Dann setzte der Kaiser die Reise fort. Man darf diese Zusammenkunft jedenfalls als ein erfreuliches Anzeichen einer erneuten Annäherung zwischen den beiden Regierungen begrüßen.“

Der König Georg hat den mit ihm von Seiten Preußens abgeschlossenen Vertrag am 18. d. M. ratificirt und der frühere hannoversche Staatsminister Windthorst, der die Verhandlungen mit dem Könige geführt, hat den ratificirten Vertrag von Wien hierher gebracht.

Der Pfarrer Kremenitz in Koblenz, Ehren-Domherr des Kapitels in Trier, ist nach der „Prov.-Korr.“ zum Bischof von Erm land gewählt und von dem königlichen Kommissarius als solcher bestätigt worden.

Wie von verschiedenen Seiten gemeldet wird, soll schon in nächster Zeit zwischen Preußen und dem Herzogthum Anhalt ein ähnlicher Vertrag abgeschlossen werden, wie mit dem Fürstenthum Waldeck. (?)

In der am 21. d. M. in Dessau abgehaltenen Plenarsitzung des Landtags wurde die ganz Anhalt so sehr interessirende Allobial-Frage dahin erledigt, daß die Allobial-Vorlage der Regierung mit 27 gegen 8 Stimmen abgelehnt wurde.

Der heutige „Staats-Anzeiger“ enthält die nachstehenden beiden Erklärungen:

1. Die Haltung der „Norddeutschen Allg. Zeitung“ in Bezug auf schwedische auswärtige Fragen hat nach Meldung aus dem Auslande neuerdings Mißverständnisse hervorgerufen, welche uns zu der wiederholten Erklärung Anlaß geben, daß die genannte Zeitung keinerlei amtliche Inspirationen über die auswärtige Politik der Regierung erhält. Die letztere hat überhaupt nicht die Gewohnheit ihre Politik den fremden Kabinetten und der Öffentlichkeit durch anonyme Zeitungsartikel zu vertheilen.

2. Wie wir aus der „National-Zeitung“ entnehmen, wird in ausländischen Blättern verbreitet, daß „das Florentiner Kabinett, wie die Aktionspartei, durch bestimmte Zusagen aus Berlin veranlaßt worden seien, diese den Zug nach Rom zu unternehmen, jenes, zur späteren Theilnahme sich vorzubereiten.“ Wir geben hiermit die von der „National-Zeitung“ gewünschte Berichtigung durch die amtliche Erklärung, daß die königl. italienische Regierung der preussischen niemals den Wunsch nach einer derartigen Zusage direct oder indirect ausgesprochen, ein solcher Wunsch also auch weder hat erfüllt noch verweigert werden können.

Die eben erschienene „Provinzial-Korrespondenz“ spricht sich über die dermalige Situation in Italien in nachstehender Weise aus:

„Durch die Entschleunigung der italienischen Regierung ist den Forderungen Frankreichs vorläufig Befriedigung gewährt und die französische Regierung hat von der beabsichtigten Truppenbewegung für jetzt Abstand genommen. Wenn es wirklich gelingt, einen zeitweiligen Stillstand in die neu angeregte italienische Bewegung zu bringen, so ist Aussicht vorhanden, daß die weitere erforderliche Regelung der dortigen Verhältnisse auf dem Wege der Verhandlung und ohne eine größere kriegerische Verwicklung erfolge.“

Freilich läßt sich noch nicht übersehen, inwieweit die italienische Regierung im Stande sein wird, die Erregung der Gemüther und Leidenschaften in den eigenen Staaten zu bewältigen, und ob es zunächst dem General Cialdini gelingen wird, eine Verwaltung zu bilden, mit welcher er seine Aufgabe durchzuführen vermag.

Doch ist der Hoffnung Raum zu geben, daß die Festigkeit der italienischen Regierung, die Mäßigung Frankreichs und die friedlichen Wünsche und Rathschläge aller europäischen Mächte im Stande sein werden, neuen größeren Verwicklungen vorzubeugen.“

Die „Provinzial-Korrespondenz“ sagt in einem die Arbeiten des Reichstages betreffenden Artikel:

„In den nächsten Tagen wird noch eine Vorlage in Betreff der Bundes-

einnahmen und Ausgaben für die Zeit vom 1. Juli bis zum Schlusse dieses Jahres, sowie der neue Zollvereins-Vertrag zur Verhandlung kommen. Letztere Verhandlung wird möglicher Weise mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, welche in Bayern und Württemberg den nationalen Absichten der dortigen Regierungen von einzelnen Seiten entgegengelegt werden, eine erhöhte Bedeutung und Wichtigkeit gewinnen. Es versteht sich von selbst, daß auch hierbei der Norddeutsche Reichstag mit dem vollen Gewicht seiner nationalen Stimmung die Politik der Regierung zu unterstützen bereit ist.“

Auch über die auf den Grafen Lippe gedeutete Aeußerung des Grafen Bismarck enthält das offizielle Blatt eine Erklärung:

Der Bundeskanzler, Graf Bismarck, hat jüngst mit Genugthuung darauf hingewiesen, daß er Schwierigkeiten, deren Ueberwindung in der Landtageseinigung in einer Reihe von Jahren nicht möglich gewesen sei, auf dem Wege der Bundesgesetzgebung leichter zu überwinden hoffe. Er hat damit ausgedrückt, wie umständlich der bisherige Gang der gesetzgeberischen Thätigkeit im Vergleich mit der einfachen Vereinbarung zwischen Bundesrath und Reichstag gewesen sei. Allerdings beruht diese leichtere Art der Verständigung vor Allem auf dem vollen gegenseitigen Vertrauen und auf der Einmüthigkeit des Strebens, welche zwischen den Bundesregierungen und der Mehrheit des Reichstages in so erfreulicher Weise obwalten, und welchen die segensreichen Erfolge dieser Session vornehmlich zu danken sind.“

Aus der Sitzung des Ältesten-Kollegiums der Berliner Kaufmannschaft von Montag den 21. Oktober ist Folgendes mitzutheilen:

An den Antrag eines Mitgliedes, betreffend die Aufhebung der Schulhaft, welcher bereits im vorigen Jahre gestellt, aber bis zur Entscheidung der Frage in Frankreich zurückgelegt war, knüpft sich eine eingehende Diskussion, in der fast alle Stimmen bekunden, daß die Schulhaft für den kaufmännischen Verkehr und Kredit ohne jede erhebliche Wichtigkeit sei.

Das Kollegium tritt daher dem Antrag, bei dem Bundeskanzler-Unterschiedung der Schulhaft zu beschließen, fast einstimmig bei; Ausnahmen sollen nur für Nicht-Deutsche zulässig sein (wobei man namentlich östlich gelegene Länder, wo der deutsche Gläubiger nur schwer zu seinem Rechte gelangt, im Auge hatte), auch soll die Personalhaft zur Erzwingung des Manifestationseides durch den Antrag unberührt bleiben.

Sicherem Vernehmen nach ist in der Nähe von Sauerberg — im Kreise Teltow, unweit Boffen — wo sich bekanntlich ein Gypssteinbruch befindet, bei Bohrungen, die auf Anordnung des Handelsministers Grafen Bismarck vorgenommen wurden, Stein Salz gefunden worden. Es wäre von enormer Wichtigkeit, wenn hier in der Kurmark, so nahe bei Berlin, ein größeres Lager von Steinsalz vorhanden wäre.

Das auf der Anhöhe bei Schlum von den Offizieren der preussischen 1. Garde-Infanterie-Division gelegte Monument ist zwei Klaster hoch. Auf drei Granitstufen befindet sich ein marmorner Sockel, auf diesem ruht ein gußeiserner sterbender Löwe. Der Sockel enthält auf einer Seite die Inschrift: „Hier ruhen Generalleutnant Hiller v. Gärtingen, Kommandeur der 1. Garde-Infanterie-Division; Oberstleutnant v. Heldorf im 1. Garde-Regiment zu Fuß; Premierleutnant Bogele, Garde-Füsilier-Regiment; Sekondelieutenant v. Malsahn, Garde-Füsilier-Regiment; Sekondelieutenant v. Pape, 2. Garderegiment zu Fuß.“ Auf der entgegengesetzten Seite lautet die Widmungsschrift: „Ihren geliebten Kameraden, die Offiziere der Rgl. Preussischen 1. Garde-Infanterie-Division. 3. Juli 1866.“

Elbing, 22. Oktober. [Kompromiß zwischen den Liberalen.] Nachdem aus Marienburg und Tiengehofen einflussreiche zustimmende Berichte eingegangen waren, hat heute Abend auch hier die Versammlung der national-liberalen Partei mit sehr großer Majorität beschlossen, die von der Fortschrittspartei aufgestellten Modalitäten der Vereinbarung für die bevorstehenden Wahlen einfach anzunehmen. Wir hoffen, daß nunmehr nicht bloß die gemeinschaftlichen Arbeiten für diese Wahlen einen guten Fortgang nehmen werden, sondern daß auch die Befürchtung beseitigt ist, als könnten auch gar die im November stattfindenden Stadtverordnetenwahlen der Hader zwischen National-Liberalen und Fortschrittspartei hineingetragen werden.

Königsberg. — Zur Erwirkung verschiedener Maßregeln für Linderung des Nothstandes, schnelliger Herstellung einer direkten Verbindung zwischen Eisenbahn und Hafen in Pillau und Beförderung mehrerer Eisenbahn-Anlagen in unserer Provinz, hat das

Kleine Mittheilungen.

Der Bielefelder Gesangverein Arion beabsichtigt im nächsten Jahre ein großes rheinisch-westfälisches Welt-Gesangsfest zu veranstalten. Als ersten Preis hat man sich entschlossen, etwas Gediegenes, als die bisher übrigen Pokale, Silberkränze u. s. w. u. s. w. zu stiften und ist aus dieser Ursache zu der Idee gekommen, ein großes Album mit handschriftlichen Originalbeiträgen bedeutender Zeitgenossen zu Stande zu bringen. Die Sache ist bereits in Angriff genommen.

Ferdinand Freiligrath wird in nächster Zeit seinem lieben Deutschland einen Besuch abstatten. Derselbe hat seinem Freunde Emil Rittershaus in Elberfeld versprochen, dessen jüngstes Ländchen über die Taufe zu halten. Die ganze Rhein-gegend ist, wie wir erfahren, in Bewegung, um den echtvaterländischen Dichter würdig und herzlich zugleich in der Heimath zu begrüßen, die ihn hoffentlich bald ganz wieder den ibrigen heisst.

In England erscheint jetzt eine Gesamt-Ausgabe der Romane von Edward Lytton Bulwer, und zwar ist dies die erste, die von den Werken des vielgelesenen Autors veranstaltet wird. Sein berühmtestes Buch, der „Pelham“, wurde 1828, der „Eugen Aram“ 1832, „Nacht und Morgen“ 1836 veröffentlicht. Man sieht, der Dichter hat sich ziemlich lange mit der Sammlung seiner Werke geduldet müssen. In Deutschland ist man rascher damit. Uebrigens ist die Rede davon, diese Gesamt-Ausgabe der Bulwer'schen Schriften auch in deutscher Uebersetzung zu veranstalten.

„Cotta in der Unterwelt“ betitelt sich eine „Literaturkomödie“ von E. S. Nerley (Ginerlei), die in „Lallenburg in diesem Jahre“ erschienen und überall herumgestreut wird. Ihre Tendenz gipfelt in einem Sündenregister der Cotta'schen Verlags-handlung (hohe Preise der Klassiker, Geiz gegen Platen, Erhaltung des Jesuitenbistums, „Allgemeine Zeitung“, Pflege milchschlampiger Poesie u. s. w. u. s. w.) und in Ausfällen gegen berühmte und verdiente Literatoren. Ahlands Andenken wird geschmäht, Guplow, Runo Fischer, Prug, Geibel, Moritz Hartmann u. s. w. u. s. w. werden mit ziemlich plumpen Schlägen gezeißelt. Auf das Ganze paßt der Götische Ausspruch: „Mit wenig Wis und viel Behagen.“

Am 10. Oktober d. J. hat man in Lissabon feierlich eine Statue des Dichters Luis de Camoens enthüllt. Sie wird als schön und kostbar geschildert, so schön und kostbar, daß der un-

glückliche Dichter, dessen Leben bekanntlich ein langsames Verhungern war, für die Herstellungskosten wie ein Fürst hätte existiren können. Als man dem französischen Fabeldichter Lafontaine in seine Geburtsstadt Chateau-Thierry 1839 eine prächtige Marmorsäule setzte, schrieb Heinrich Heine an Barnhagen: „Der arme Schelm verlangte bei Lebzeiten ein Stück Brot, und noch dem Tode giebt man ihm für 40,000 Franken Marmor. Wohl bekommen!“

Julius Rodenberg und Ernst Dohm (Mitarbeiter am „Kladderadatsch“) werden vom 1. Dezember d. J. ab eine illustrierte Monatschrift für Literatur, Kunst und Gesellschaft, und zwar unter dem Titel: „Der Salon“ bei A. H. Payne in Leipzig herausgeben. Deutschland besitzt bereits eine ziemlich große Menge solcher Unternehmungen und wenn die Herausgeber dem ibrigen nicht ganz besonderen Reiz durch ein Aufschlagen neuer Lebensjahren in der Literatur abzugewinnen wissen, so dürfte es, wie so viele andere, nur ein kurzes Dasein genießen. Der Verleger ist ohnehin zwar sehr unternehmend, aber wenig aushaltend in seinen Sachen.

Im Verlage von F. B. Sauerländer in Frankfurt a. M. erscheint eine Gesamt-Ausgabe der poetischen Werke Friedrich Rückert's. Sie ist auf zwölf Bände oder fünfundvierzig Lieferungen berechnet, von denen je zwei in einem Monate ausgegeben werden. Das erste Heft enthält die „geharnischten Sonette“. So erwünscht und willkommen Freunden deutscher Poesie diese Sammlung der Rückert'schen Gedichte auch sein muß, so fällt ihre Edition doch leider in eine der ganzen Unternehmung wenig günstige Zeit. Da mit dem November die Groschenausgaben unserer Literatur-Klassiker beginnen und Schiller's Gedichte so wie Goethe's „Faust“ zum Preise von zwei Groschen verkauft werden, dürfte im Allgemeinen wenig Lust und Geld vorhanden sein, um sich Rückert's zwar glänzende und kunstvolle, aber doch nicht allzu populär gewordene Dichtungen anzuschaffen.

Die deutsche Dichterin Hedwig Henrich, die sich gegenwärtig in Spanien aufhält, giebt uns über die musikalischen Zustände dieses Landes und den Einfluß, den deutsche Tonkunst dort mehr und mehr zu gewinnen beginnt, folgende schätzenswerthe Auskunft:

Das wahrhaft Schöne, sagt sie, auch wenn es noch so lange von der zwingenden Macht der Verhältnisse eingeengt oder im Kampfe mit gefälligen Vorurtheilen bis aufs Aeußerste erschöpft wurde, bricht sich stets früher oder später Bahn, um endlich zu der allgemeinen Würdigung zu gelangen, an die es nach den ewigen Gesetzen des Schönen ein unumstößliches Anrecht in sich selbst trägt. Nicht der augenblickliche Erfolg entscheidet über den Werth einer Sache; er ist ein bloßes Kind des Zufalls, des gefälligen Dieners jener launischen Glücksgöt-

tin, die glatt und höflich mit jeder verkehrten Geschmackrichtung der Zeit umgänglich; die Nachwelt aber hält die Waage der Gerechtigkeit und mißt unparteiisch einem Jeden das Seine zu. — Mozart und Beethoven, jene beiden Riesen der deutschen Musik, die hohen, unerflichen Meister der Töne, haben bei Lebzeiten mit jeder äußeren Misere, mit Schmach und Anfeindungen aller Art zu kämpfen und konnten es trotz der bescheidensten Ansprüche der Demuthigen kaum zu einer mäßigen Anerkennung innerhalb aller musikalischen Grenzen ihres Vaterlandes bringen, während heute die leichtfertige aller musikalischen Mäusen in kurzgeschürztem Rod, mit frivolen Cancanspringen, und mitgelos, im Fluge die halbe Welt erobert. Die Siegespalme jedoch, die aus Mozarts, Beethovens Asche emporgeblüht, wird noch lange hoch am Himmel stehen, wenn alle die kleinen Blumen und Blüthen, sammt Blüten und Untertan, das dazwischen emporgewuchert, längst vom Sturm zer-auf, von Wit- und Nachwelt mit Füßen getreten, weht und vergessen am Boden liegen. Ihnen, den hohen, unerflichen Meistern, die arm und verkannt unter Sorgen und Mühen einst sich durchs Leben schlugen, haben wir es zu verdanken, wenn heute, ebenso wie deutsche Wissenschaft und Poesie, die erste Musik unter den geistigen Errungenschaften Europas einnehmen, deutsche Musik die Reiche der Töne den unbefruchten Sieg über alle ihre Witschwärmer errungen und das alleinige Recht der Klassicität sich errungen hat. Von Ost nach Süd, von Ost nach Westen klingt aus ihren herrlichen Tonhöhen, eine lebendige Stimme von Oben, der Ruhm unseres deutschen Vaterlandes wieder. Selbst die so gern in welchen, italienischen Melodien hinstromelnden Sinne des Südländers erschließen sich allmählig dem Verständnis jener hohen, rein musikalischen Idee, wie sie sich in den göttlichen Sonaten eines Beethoven, wie sie in den unerflichen Meisterwerken eines Bach, Haydn, Mozart, Weber, Beethoven, Weber etc. sich offenbart.

Dieses mächtige Aufstauen der Seele unter der zwingenden Gewalt dieser Töne beobachtet man am besten in Spanien, als dem Lande, das vermöge seiner mangelnden Bildung und vollständigen musikalischen Wildheit am wenigsten Verständnis für klassische Musik erwarten läßt. Der Erfolg, als den bis jetzt sich da errungen, beschränkte sich darum fast nur auf Madrid, den Centralpunkt alles intellektuellen Lebens in Spanien, und erst kürzlich haben es zwei tüchtige Musiker aus dem Norden, Herr Gottfried Zalkamp (Pianist), vom Konservatorium in Leipzig und Schiller von Zalkamp (Schmidt in München, und Heinrich Storchmann (Violinist), vom Konservatorium in Paris und Schüler und Landsmann des berühmten De Wille unternehmen, ein Echo davon auch in die fernsten Provinzen zu tragen.

Solches Unternehmen war gewagt in einem Lande, wo der vollständige musikalische Unkultur auch noch ein angeborenes Mißtrauen und Vorurtheil sich zugesellt; doch um so befriedigender ist es nun, zu sehen, wie trocken der Konzepte, welche diese Herren gegenwärtig in allen bedeutendsten Tönen lufsten veranstalten, und deren Hauptinhalt die klassische deutsche Musik bildet, sich eines durchgehenden Anklanges erfreuen. Diesen kaum zu erwartenden Erfolg verdanken die Künstler theils der Sache selbst, theils ihrem eignen, ebenso viel Gefühl und Geschmack, wie technischer Fertigkeit ausgeführten Spiel. Die Lebendigkeit und Reinheit ihres Vortrags erleichtern auch dem unehelichen Laien das Verständnis für klassische Musik, und ist zu erwarten, daß sie, mit Eifer ihr Unternehmen weiter fortsetzend, wesentlich zur Verbreitung dieses Verständnisses in Spanien beitragen werden.

Vorsteheramt der hiesigen Kaufmannschaft in diesen Tagen an die Herren Minister des Handels und der Finanzen eine Deputation entsendet, von welcher heute folgendes Telegramm eingegangen ist:

Berlin, 22. Okt. Heute Konferenzen bei den Ministern gehabt. Suspension des Reiszolles definitiv abgelehnt. Gründe mündlich. Dagegen positive Zusage der sofortigen Einführung des Pfennig-Tarifs für Getreide, Hülsenfrüchte, Kartoffeln Mehl und Reis ohne beschränkende Nebenbestimmungen. Villau in Ordnung. Für Eisenbahn günstige Ausichten. Stephan. Wien.

Köln. Die Unterhaltung dreht sich fast ausschließlich um ein von unserem Erzbischof an die Dechanten der Diözese erlassenes Schreiben, welchem eine an das Staatsministerium gerichtete Petition beigelegt ist, die von den Pfarrern den Pfarrkindern zur Unterzeichnung empfohlen werden soll. Die Petition begreift Verminderung des Brauntweingenusses und schlägt vor, die Brauntweinsteuer erheblich zu erhöhen, die Gewerbesteuer für die Schenkwirtschaften auf 100 bis 150 Thlr. festzustellen, Kaufleuten, Wätern und dergleichen, die Schenkwirtschaft zu verbieten, die Zahl der Wirtschaften nach der Seelenzahl der Bevölkerung zu normiren, den Wirthen die Konzessionen zu entziehen, welche an angestammte Personen Brauntwein abgeben und dergl.; die Brauntweinsteuer zu ermäßigen und die Gewerbefreiheit für Bier-, Kaffee- u. Wirtschaften bedeutend herabzusetzen. Daß für Arbeiter und Tagelöhner der Genuß des Brauntweins nicht zu entbehren, darüber ist man einig, und somit strebt der Erzbischof gerade bei den unteren Ständen die Steuer zu erhöhen, wozu der Mittelstand, welcher Bier- und Kaffeewirtschaften frequentirt, erleichtert wird. Aber nicht allein in den unteren Ständen, sondern höher hinauf unterzieht man jenes Schreiben und die Tendenz der Petition einer scharfen Kritik.

Marienburg, 21. Oktober. Der „K. G. Z.“ entnehmen wir folgende Mittheilung: Im vergangenen Jahre verübten bekanntlich bei der Mobilmachung eine große Menge Reservisten in Gemeinschaft mit einzelnen Leuten aus der Stadt Excesse gegen Personen und deren Eigentum, indem sie dieselben nicht bloß injulirten, schlugen u., Geld und Lebensmittel durch Eindringen in die Häuser erpreßten, sondern auch in zwei Häusern (Restaurants) die inneren Einrichtungen demolirten und die vorhandenen Waaren durch die Fenster auf die Straße warfen und aus Muthwilligkeit vernichteten. Von diesen Tumultuanten, die bis jetzt im Untersuchungsarrest gefesselt hatten, standen 15 in der vergangenen Woche vor dem Schwurgericht zu Elbing und wurden je nach der Größe ihrer Schuld zu 1/4 bis 8 Jahre Zuchthaus verurtheilt. Abgesehen von dem Schaden, den einzelne unserer Bewohner an jenem Tage erlitten, hat die Stadt selbst noch den pekuniären Schaden zu tragen, indem sie in erster Instanz verurtheilt ist, den damals Beschädigten vollständigen Schadenersatz zu leisten.

Thorn, 21. Oktober. Von den bisherigen Vertretern des Kreises hat Hr. Kreisrichter Chomje seine Wiederwahl entschieden abgelehnt, und Hr. G. Weese erklärt, daß er sich der Partei nur für den Fall zur Disposition stelle, wenn kein anderer Kandidat ein Mandat annehmen sollte. Nun fehlt es dem Wahlkreise an Kapacitäten nicht, welche gewählt werden könnten, allein dieselben sind theils geschäftlich, theils amtlich verhindert, ein Mandat anzunehmen. Als Kandidaten hört man bezeichnen die H. Rittersgutsbesitzer v. Soga-Wyckhorze (Kreis Kulm) und Gutsbesitzer Glöner-Papau. Ueber die Erweiterung der hiesigen Festung zum Waffenplatz (Linien) erster Ordnung verlautet, daß drei Forts auf dem jenseitigen (linken) und mindestens 5, wenn nicht 7 Forts auf dem diesseitigen (rechten) Weichseufer nach vorläufiger Bestimmung erbaut werden sollen. Durch diesen Plan wird die Möglichkeit gegeben, daß die Festung wie jenseits 30,000 Mann placirt werden können. Abgesehen von dem Erwerb, den diese Bauten der hiesigen Bevölkerung zur Aussicht stellen, wird die Stadt auch dadurch gewinnen, daß mit Rücksicht auf jene Erweiterung Theile der zeitigen Befestigung, z. B. von der die Stadt umgebenden Festungsmauer, beseitigt und Gräben zugeschüttet werden und das hierdurch gewonnene Terrain zur Anlage von Gebäuden angewiesen werden soll. — Die bisherigen Bohrungen im Weichselbett haben schon in einer mächtigen Tiefe einen festen Lehmboden nachgewiesen, welcher sich vorzüglich zum Baugrund für die feste Brücke eignet.

Frankreich.

Paris, 21. Oktober. Die Bereitwilligkeit Cialdini's, dieses Siegers von Cassellardo und auch von Aspromonte, ein Kabinett zu bilden, das sich ein neues Aspromonte einrichtet, hat überrascht. Heute Morgen traf mit der Kunde von der Ernennung Cialdini's zum Ministerpräsidenten zugleich dessen Einwilligung in die von Frankreich gestellten Bedingungen ein, und schon heute Mittag ist der Befehl nach Toulon abgegangen, die eingeschifften Artillerie wieder ans Land zu bringen. Für morgen erwartet man die Veröffentlichung der italienischen Ministerliste und die Proklamation des Königs. Die Haltung der Regierung wird im Uebrigen von der Haltung des Volkes abhängen. Diese ist entschlossen, die Garibaldianer, auch wenn sich der von Caprera entsprungene Löwe an ihre Spitze stellt, zu Paaren zu treiben. Die bevorstehende Auflösung der Kammern wird vorläufig in Abrede gestellt, da die Regierung einen Monat vor sich hat, ehe sie einen Entschluß zu fassen braucht. Der Kaiser soll entschlossen sein, nun auch in Rom auf eine Aenderung der Politik des heiligen Stuhles zu bringen, und auch dem Papste ein Ultimatum zu stellen, und falls dieses zurückgewiesen würde, Italien von den Verpflichtungen der September-Konvention zu entbinden. Das sind Gerüchte, die man in Umlauf setzt, da man fühlt, daß die demüthige Nachgiebigkeit Victor Emanuels keine Lösung, sondern nur eine momentane Umgehung der Schwierigkeit ist, vielleicht nur ein Aufschub von wenigen Tagen, da man nicht wissen kann, wie Italien die Refusade aufnehmen wird. Nach dem die „Patrie“ wiederholt gesagt, Frankreich habe in Florenz auf das Zustandekommen eines Ministeriums Cialdini gedrungen, sucht man jetzt vom auswärtigen Amte aus die Behauptung zu verbreiten, Italien habe dasselbe beantragt. Der Kaiser hat durch diesen Sieg wenig in der öffentlichen Meinung gewonnen, obgleich man hier allgemein froh ist, daß der Zusammenstoß zwischen Italien und Frankreich vermieden wurde.

Rußland und Polen.

— Aus Petersburg, 20. Oktober wird telegraphisch gemeldet: Der Verkaufs-Vertrag über Russisch-Amerika ist ratifizirt. Die

Bereinigten Staaten zahlen 7,200,000 Dollars in Gold. — Der König der Hellenen ist hier eingetroffen. — Ein Entwurf zur Umgestaltung der Gesetzbücher des Königreichs Polen ist zur Vorlage gekommen.

Vom Reichstage.

26. Sitzung des Norddeutschen Reichstages.

Berlin, 22. Oktober 1867.

(Schluß.)

Es folgt die Vorberatung über die Marine-Anleihe von 10 Mill. Thlr. Zu dem Gesetzentwurf beantragt 1) Zweites als §. 9 einzuschalten: Die auf Grund dieses Gesetzes zu erhebenden Anleihe-Quoten und die aus der Anleihe zu verwendenden Summen sind alljährlich durch den Bundeshaushalts-Etat oder durch ein besonderes Gesetz festzusetzen.

2) Abg. Krüger (Hadersleben) folgenden Zusatzartikel: Diejenigen Distrikte des Herzogthums Schleswig, welche in Gemäßheit des Art. 5 des Prager Friedensvertrages vom 23. August 1866 durch freie Abstimmung von dem Gebiete des Norddeutschen Bundes losgelöst werden, nehmen an den Verbindlichkeiten der Anleihe nicht Theil.

3) Meier (Bremen) folgende Resolution: „Der Reichstag erachtet es für dringend wünschenswerth, die Herstellung der Norddeutschen Bundeskriegsmarine und die Befestigung der Küsten, wie solche in den Notizen des vorliegenden Gesetzes näher entwickelt sind, möglichst und zwar dergestalt zu beschleunigen, daß die Ausführung in weit kürzerer Zeit als der in Aussicht genommene 10jährige Frist erfolge, und ersucht den Bundeskanzler, dem Reichstage in seiner nächsten Zusammenkunft etwa dadurch erforderliche werdende weitere Vorlagen zu machen.“

Kontre-Admiral Sachmann: Von den 16 Panzerschiffen, 20 Korvetten u. s. w., die wir in 10 Jahren haben sollen, sind gegenwärtig vorhanden oder der Vollendung nahe 5 Panzerschiffe, 9 Korvetten, 22 Kanonenboote, 5 Uebungs-, 2 Artillerieschiffe u. a. Der gegenwärtige Bestand der aktiven Marine list 137 See-Offiziere, 80 Kadetten, 2000 Matrosen und 300 zum Maschinenspersonal gehörige Leute; im Beurlaubten-Verhältniß befinden sich 42 See-Offiziere, 7000 Seeleute der alten Provinzen und 200 Leute, die zum Maschinenspersonal gehören. Im Jahre 1877 wird das Personal der Marine steigen auf eine Friedensflotte von 350 Offizieren, 100 Kadetten, 5000 Matrosen und 400 Mann Maschinenspersonal, und gleichzeitig werden im Beurlaubten-Verhältniß sein 10,000 Matrosen und 1700 Mann Maschinen-Personal. Seit 1860 weht mit sehr wenigen Unterbrechungen unsere Flagge in den chinesischen Gewässern und im Mittelmeere, und die Regierung wird zunächst die Station in den chinesischen Gewässern ins Auge nehmen. Die Regierung will, nachdem Kiel und die Jade zu Bundeshäfen bestimmt sind, den gesammten Dienst der Flotte auf diese beiden Häfen beschränken, den Bau an der Jade zu schnellerem Abschluß führen, den in Kiel bis zur Beendigung der Bauten an der Jade auf das Nothwendigste und die Beendigung des Hafenforts beschränken. — Die Aufstellungen der Denkschrift sind nicht als eine strikte Norm für die fortlaufenden zehn Jahre zu behandeln, der jährliche Etat wird über die spezielle Verwendung der Mittel jedes kommenden Jahres Aufschluß geben.

Abg. v. Kirchmann: Wir sind bereit, die erforderlichen Mittel zu bewilligen, doch nicht auf dem Wege der Anleihe, den wir politisch und finanziell für bedenklich halten, sondern auf dem der Matrikularbeiträge. Das Haus tritt kaum im Stande sein, über die Zweckmäßigkeit des Planes ein Urtheil abzugeben, da man eine Kommission mit der Befugniß sich durch Sachverständige zu ergänzen, nicht niedergesetzt hat. Für den Bund giebt es ein Defizit nicht, da die erforderlichen Mittel, soweit sie nicht aus den Zöllen u. dergl. gedeckt werden, durch Matrikularbeiträge aufgebracht werden müssen; hierher würden auch die zu Marinezwecken für das nächste Jahr geforderten 3,100,000 Thlr. gehören. Die Regierung hat dies auch gefühlt und die Anleihe dadurch motivirt, daß die Verwaltung für eine Reihe von Jahren der Mittel sicher sein müsse, weil der Bau von Panzerschiffen und Hafenanlagen längere Zeit in Anspruch nehme und sie einer Garantie für die Möglichkeit der Vollendung bedürfe. Diese Motive zeugen von einem Mißtrauen, welches in einem konstitutionellen Staate unzulässig ist; es ist selbstverständlich, daß ein Parlament zur Vollendung eines Werkes niemals die weiteren Mittel verweigern kann, nachdem es die ersten Raten bewilligt hat; es ist dies auch in Preußen, selbst zur Zeit des Konflikts, niemals vorgekommen, obwohl auch hier seit 19 Jahren jährlich Mittel zu Arbeiten verlangt wurden, die sich auf mehrere Jahre ausdehnten. Mit diesen Motiven könnte man in jedem Jahre und in jedem Zweige der Verwaltung eine Anleihe begründen. So leicht man in die Kontrahierung von Staatsschulden willigt, um so strenger muß man auf diejenigen Formen in der Verfassung bestehen, die das nothwendige Korrelat zu diesem Bewilligungsrechte bilden. Dies Korrelat ist eine verantwortliche Verwaltung, die die Garantie einer richtigen Verwendung der Gelder gewährt. Diese Verantwortlichkeit fehlt uns bis jetzt, denn die des Bundeskanzlers ist rechtlich und moralisch illusorisch; rechtlich, weil es an dem gesetzlichem Organ und an der Form fehlt, sie zu realisiren, moralisch, weil bei dem ungeheuren Umfang der Geschäfte des Bundeskanzlers eine Kenntniß der Verwaltungsdetails unmöglich wird. Die Regierung selbst hat früher nicht an die Möglichkeit einer Bundesanleihe gedacht, und auch in der Verfassung diesen Fall nicht vorgesehen. In jedem Fall muß vor jeder Anleihe bewiesen werden, daß die Beschaffung der Mittel durch Matrikularbeiträge unmöglich ist; dieser Nachweis dürfte aber schwer zu führen sein. Da es sich für das nächste Jahr z. B. darum handelt, nur noch drei Millionen zu beschaffen, während man durch Matrikularbeiträge bereits 19 Millionen aufzubringen hat. Die Höhe der Beträge für die einzelnen Staaten ist nicht so groß, daß sie unerträglich wären; auf Preußen fallen etwa 2 Millionen, die aus der vorjährigen 60 Millionen-Anleihe zu bestreiten sind, auf Sachsen fallen 200,000 Thlr. und auf die kleinen Staaten nur 40 bis 60,000 Thlr. Hiernach fällt jede Basis für die Bewilligung einer Anleihe fort, und sollten diese Gründe noch nicht genügen, so nehme ich ihr Urtheil in Anspruch. Der Norddeutsche Bund ist erst in diesem Jahre zur Welt gekommen, er liegt noch in den ersten Athemzügen; lassen Sie ihn in seiner Unschuld und belasten Sie ihn nicht mit einer Schuld! (Große Heiterkeit.)

Abg. Zwesten: Ist der Weg der Anleihe zu rechtfertigen? Der entsprechende Matrikularbeitrag wäre allerdings nur gering, aber durch die Militärkonvention haben Sie die Nothwendigkeit einer Erleichterung für die kleineren Staaten anerkannt und dadurch ist die Frage für eine Anleihe entschieden.

Ein anderes Bedenken aber möchte ich hier zur Sprache bringen. Durch das Anleihegesetz wird das Verfahren, bei preussischen Anleihen maßgebend, auf den Bund übertragen werden. Hiernach müßte ein Amortisationsfonds von jährlich 1 Prozent nebst dem was an Zinsen erspart wird, geschaffen werden, aus welchem die Anleihe getilgt wird. Dies Verfahren hat jetzt in den meisten Staaten anderen Formen weichen müssen, weil mit demselben sehr bedeutende Verluste verbunden sind. So hat England ca. 90 Millionen Thlr., Frankreich 307 Millionen Francs eingebüßt, und obwohl es mir bei der Geschwindigkeit, mit welcher die Gesetze hier erledigt werden (Hört!), nicht möglich war, das Resultat für Preußen zu ermitteln, so wird doch dasselbe den angeführten entsprechen, da seit 1848 etwa 70–80 Millionen auf Tilgung aller Schulden verwendet und 230 Millionen neuer Schulden zu weit ungünstigeren Bedingungen kontrahirt worden sind. Hiernach halte ich es für bedenklich, dies Verfahren auch auf den Bund zu übertragen, wenn ich auch bei der geringen Höhe der vorliegenden Anleihe einen bestimmten Antrag nicht stellen will. Was die Form der budgetmäßigen Behandlung betrifft, so stellt mein Antrag einen Grundfals auf, der von den Regierungen selbst anerkannt wird, indem nach Seite 16 des Berichtes ausdrücklich die Ausgaben jährlich in den Etat „aufgenommen“ werden sollen. (o Winckelwieders: Ja, „aufgenommen!“) Ich sehe keinen Unterschied darin, ob ich sage, die Ausgaben sollen durch das Etatsgesetz „festgestellt“ werden, oder ob es heißt, sie werden in den Etat „aufgenommen“. Wenn wir jetzt die Anleihe bewilligen, so kann sich die Marineverwaltung bezüglich der Verwendung des Geldes danach einrichten, doch die Ausgaben werden durch das Gesetz noch nicht festgestellt, sondern nur in dem jährlichen Etat, und wenn die Regierungen uns gesagt hätten, was sie von der Anleihe im nächsten Jahre verbrauchen wollen, so würde ich schon heute die Bewilligung ausgesprochen haben.

Bundeskommissar Sachmann: Die Regierung gedenkt von der Anleihe 1868 für die Marine 3,100,000 Thlr. und für die Küstenbefestigung 500,000 Thlr. zu verwenden.

Abg. Dr. Waldeck: Der Abg. Zwesten hat ganz für das gesprochen, was ich will; er hat gegen eine Anleihe und für Bestreitung der nöthigen Ausgaben durch das Etatsmäßige Extraordinarium gesprochen. Die moderne Civilisation hat zwei Begleiter, ein großes hehendes Heer und eine große Schuldenlast. Die Urheber dieser Verfassung scheinen mir den Plan gehabt zu haben, daß die

Bedürfnisse für die Marine jedes Jahr durch den Etat erledigt werden sollten. Bestimmungen über Anleihen fehlen in derselben überhaupt. Jetzt wollen Sie nun die erste Anleihe votiren. Hüten Sie sich vor derselben, dann brauchen Sie an solche Fragen, wie sie der Vorredner eben erörtert hat, gar nicht heranzutreten, an die Amortisation und dergleichen. Dieses Eigentum soll demnach haften sein für die auszugebenden Obligationen, da doch nur die Krone Preußen dieselben ausstellen kann? Augenblicklich ist nur eine mäßige Flotte möglich und möglich, die nur allmählich zu erweitern ist. Dies Bedürfnis aber können wir ganz gut durch unser jährliches Budget, indem wir den außerordentlichen Etat erhöhen, bestreiten. Aber thöricht wäre es, nun hineinzugreifen in diese ganze Sache und eine vorausgehende Genehmigung auszusprechen.

Abg. v. Lönne: Ich beantrage als §. 9 folgendes einzufügen: „Die auf Grund dieses Gesetzes jährlich zu verwendenden Beträge sind in den Bundeshaushaltsetat des betreffenden Jahres aufzunehmen. Für 1868 werden der Marineverwaltung 3,100,000 Thaler, der Militärverwaltung zur Küstenbefestigung 500,000 Thaler zur Verfügung gestellt.“

Abg. Zwesten zieht zu Gunsten dieses Antrages den seinigen zurück.

Abg. Meier (Bremen): Ein großer englischer Staatsmann hat im Parlament erklärt, es sei ein großes Glück für die englische Nation, daß sie ihre Schuldenlast habe. Das müssen auch wir beherzigen. Die Ausgaben, wozu diese Anleihe verwendet werden soll, werden noch Generationen zu Gute kommen; mögen unsere Nachkommen auch einen Theil der Lasten tragen. — In Bezug auf die Tilgung halte ich es in finanzieller wie national ökonomischer Interesse, daß man im Sinne der Vorlage verfährt, namentlich weil man auf diese Weise wahrscheinlich die Anleihe unter günstigeren Bedingungen wird abschließen können. — Bedauern muß ich, daß man die Errichtung der Marine auf 10 Jahre hinausschiebt und dafür im Ganzen nur eine Summe von 8 Millionen in Aussicht genommen hat. Es ist möglich, die Marine in viel kürzerer Zeit herzustellen. Auch die in den Motiven in Aussicht genommenen 18 Millionen scheinen mir eine zu geringe Summe. So wie unsere heutigen Marineverhältnisse sind, sind wir bei jedem Kriege in Gefahr, daß Alles wieder verloren geht; stellen Sie es sobald wie möglich sicher. (Bravo.)

Die General-Debatte wird geschlossen.

Abg. Lasker zu §. 1: Jede Bewilligung auf eine längere Zeit ist nach des Abgeordneten Waldeck's Meinung gegen das Budgetrecht und gegen die Verfassung. Wir stimmen Alle überein, daß unsere Marine eine sichere Grundlage erlangen muß und daß dazu bedeutende Mittel gehören. Wenn dem aber so ist, so handeln wir, indem wir diese Vorlage annehmen, nicht bloß nach unserer verfassungsmäßigen Pflicht, sondern nach unserer verfassungsmäßigen Pflicht. Sie bitte den Abg. Waldeck, uns nicht fortwährend das Handeln gegen die Verfassung vorzuwerfen; solche Meinungen, oft wiederholt, verlieren schließlich ihren Effekt. — Zur Sache selber bemerke ich, es ist in der Vorlage nicht gehörig ausgedrückt, zu welchem Objekt die Anleihe verwendet werden soll. Das Amendement Lönne muß in wesentlicher Verbindung mit dem §. 1 aufgeführt werden. Erst dieses giebt die Aufklärung darüber, wozu die Anleihe, die heute votirt wird, verwendet werden soll. Ich erwarte, daß die Regierung die bestimmte Erklärung von ihrem Einverständnis mit diesem Amendement abgibt.

Die §§. 1–8 werden ohne Diskussion genehmigt.

Bundeskommissar Sachmann erklärt die Bestimmung der Regierung zum Amendement Lönne.

Dasselbe wird angenommen, ebenso der letzte §. der Vorlage, sowie diese im Ganzen. (Dagegen stets die Linke.)

Die Resolution Meier (Bremen) wird, nachdem Graf Schwerin ihre Tendenz durchaus anerkannt hat, gegen eine starke Minorität abgelehnt.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Bei Feststellung der nächsten Sitzung Präsident Simon den Lehnendorff'schen Antrag auf Errichtung von Hypothekenbanken vor, aber Hr. Lehnendorff bittet davon abzusehen, da er von dem wohlwollenden Verständnis des Bundeskanzlers und der Initiative des Bundesraths mehr für die Sache erwarte, als von der parlamentarischen Entscheidung einer nicht wohl informirten Majorität.

Abg. Schultze: Das geht doch nicht, daß die Antragsteller sich die Diskussion ihres Antrages verbitten dürfen, wenn sie ihnen inopportun erscheint, zumal der Antrag, nachdem über seine geschäftliche Behandlung Beschluß gefaßt ist, nicht mehr ihnen gehört, sondern das Haus hat ein Recht auf ihn. Für den Bundesrath wird unsere Debatte immer noch werthvoll sein, auch wenn sie nicht in die Annahme eines Gesetzentwurfs ausläuft.

Abg. Dr. Löwe: Auch wir haben ein Interesse daran, daß dem Grundbesitz die Kreditnahme erleichtert werde, aber wir wollen zugleich die Spiegelbilder vernichten, die sich an den Lehnendorff'schen Antrag heften und welche den Besitzern vor den Wahlen zuwinken: Schließt euch uns an, da könnt Ihr Geld bekommen! (Anruhe rechts.)

Abg. Gr. Schwerin: Die Rücksicht auf die Antragsteller gebietet, ihrem Wunsch nachzukommen. Aus dem Antrage soll für die Wahlen Kapital gemacht werden: Das sagen Sie (zur Linken), die immer davon reden, das Volk sei selbstständig, und stellen sich damit selbst ein Armutsgewinn ein!

Abg. Dr. Fülling: Es wäre doch sehr wichtig, die bedenklichen Principien des Lehnendorff'schen Antrages durch Gegenüberstellung mit dem meinigen schon jetzt klarzulegen. Ich will nicht, daß dem Grundbesitz eine Garantie auf Kosten aller Steuerzahler geschaffen, daß ihm auf 20 Jahre eine Staatshilfe zu 4 Prozent gewährt werde.

Abg. Gr. Lehnendorff fragt den Präsidenten Delbrück, welche Zusicherung er für die Initiative des Bundesraths geben könne?

Präsident Delbrück: Der Herr Bundeskanzler hat den vom Reichstage genehmigten Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Zinsbeschränkungen, dem betreffenden Ausschusse des Bundesraths mit der Aufforderung überwiesen, zugleich auch das Hypotheken-Vantwesen, die Hypothekenordnung und die in einzelnen Staaten des Bundes den Realcredit drückenden Lasten in Erwägung zu nehmen. Mehr kann ich nicht sagen.

Abg. Graf Kleist: Nachdem das größte Geschick, das gegen den Lehnendorff'schen Antrag aufgeführt werden kann, gebraucht worden ist, würde ich für seine Diskussion sein. Eingereicht ist er, bevor die Auflösung des Abgeordnetenhauses beschloffen wurde, also konnte er nicht den Zweck haben, auf die Wahlen zu wirken. Und eine Woche vor der Einbringung wurde er in der Presse besprochen, da es ein öffentliches Geheimniß war, daß wir ihn einbringen wollten.

Abg. Wagener (Neustettin): Ich bin dafür, daß der Lehnendorff'sche Antrag auf die Tagesordnung komme. Durch Herrn Dr. Löwe wissen wir, wie populär er im Lande ist, und gerade vor den Wahlen muß er diskutiert werden, sonst heißt es, wir hätten mit nassem Pulver geschossen und scheuten eine Diskussion, welche die Infamiation, als verlangten wir Staatsunterstützung, beseitigen wird. Mit der Entgegenstellung des Fülling'schen Entwurfs, in dem viel Unnehmbares ist, ist in der Sache selbst schon ein wichtiger Schritt geschehen. Unsere Sache ist so gut, so begründet, daß wir dem Lande und dem Grundbesitz schuldig sind, das ganze Thema dem Clair-Obcur zu entreißen, in dem es sich bisher aufhält. Verzichtigen wir auf seine Diskussion, so legen wir die ganze Summe des Antrags den Gegnern bei.

Abg. v. Seydewitz (Bitterfeld), als Mitunterzeichner des Antrags für seine Diskussion. Abg. Schultze (Berlin) wünscht wenigstens seine förmliche Zurückziehung Seitens des Abg. Gr. Lehnendorff. Dem Abg. Gr. Kleist bemerkt Abg. Dr. Löwe, daß der Antrag gleichzeitig mit der Auflösung des Abgeordnetenhauses in den Journalen auftauchte.

Abg. v. Hennig: Was können wir mit der Vorberatung des Lehnendorff'schen und Fülling'schen Antrages erreichen? Morgen nehmen wir weder den einen, noch den andern an, denn beide sind nach meiner Meinung nicht praktisch. Morgen einen dritten besseren machen kann doch der Reichstag nicht. Bleibt ihm nur eine Resolution: ist eine Resolution nach der Ausrufung des Präsidenten Delbrück notwendig? Sie kann keine praktischen Nutzen haben, sondern nur zur Fortsetzung unequidivider Debatten führen. (Zusimmung.) Mangel an Fleiß kann man diesem Reichstage doch wahrlich nicht vorwerfen. (Zusimmung.) Wir sitzen hier von früh bis spät, Abends die Prälationen (viele Stimmen: Und Kommissionen!) und Kommissionen. Die Wahlprüfungen müssen wir doch vor Schluss der Session erledigen und haben noch andere sehr wichtige Vorlagen, z. B. die Bundeskonstitution betreffend. Wie sollen wir uns dem darauf vorbereiten, wenn wir morgen bis in den Abend hinein den Lehnendorff'schen Antrag diskutieren? (Zusimmung.)

Das Haus beschließt den Lehnendorff'schen Antrag nicht auf die Tagesordnung zu setzen, sondern: Wahlprüfungen, Bericht der Petitionskommission und des Abg. v. Bennigsen über den Kredit für die Bundesverwaltung im laufenden Jahre.

Das Haus ist im Aufbruch begriffen, Abg. Waldeck bittet noch um das Wort, indem er bedauert, die Versammlung noch einmal mit seiner persönlichen Angelegenheit beschäftigen zu müssen, und verliest aus dem stenographischen Bericht seine heutige Ausrufung: Die Verfassung nicht schlechter zu machen, als sie ursprünglich war.

Präsident Simon: Meine Auffassung der heute gehörten Worte stimmt mit der eben verlesenen schlechterdings überein. (Zustimmung rechts.)

Abg. Wald (der in der Nähe der Tribüne steht, in lebhafter Erregung zur Rechten gewendet): Sie haben die Majorität; die Geschäftsordnung ist da zum Schutz der Minorität gegen die Majorität; sie giebt dem Präsidenten das Recht zum Ordnungsruf, aber ich protestire dagegen, daß sie ihn ermächtigt, ein Urtheil über den Redner auszusprechen.

Präsident Simon: Der Ordnungsruf ist nicht das einzige, sondern das letzte Mittel, das dem Präsidenten zu Gebote steht, in allen Ländern der Welt hat er die Ordnung der Debatte überhaupt aufrecht zu erhalten. Dabei mag sich der Herr Abgeordnete für die drei Tage, während welcher ich diesen Platz einnehme, beruhigen. Später wird es seine Sache sein, eine Veränderung der preussischen Geschäftsordnung bei dem nächsten Landtage zu beantragen.

Schluß gegen 3 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr.

26. Sitzung des Norddeutschen Reichstages.

Berlin, 23. Oktober 1867.

Eröffnung 12 1/2 Uhr. Für den Bundesrath anwesend Präsident Delbrück, Geh. Rath Günther u. A.

Präsident Simon theilt mit, daß aus dem 17. sächsischen Wahlkreise eine Zustimmungsadresse zu den bei der Kriegsgeßes-Debatte geäußerten Grundsätzen der Abgg. Liebschütz und Bebel bei dem Präsidium eingegangen ist.

Abg. v. Bennigsen als Referent für die Schlussberatung betreffend den Bundeshaushalt für 1867 empfiehlt die unveränderte Annahme der Vorlage, welche das Bundespräsidium zur Ausgabe von 89,763 Thlr. ermächtigt, nämlich 35,275 Thlr. für das Bundeskanzleramt, den Bundesrath u. die Bundesauschüsse, (die Hälfte von 70,550 Thlr., die für 1868 bewilligt sind, da die Bundesorgane erst mit dem 1. Juli d. J. in Wirksamkeit getreten sind), und 54,488 Thlr. für den Reichstag, wovon 34,029 Thlr. 9/10 Sgr. als Kosten für den ersten konstituierenden Reichstag der preuß. General-Staatskassen, welche die Summe vorgetragt hat, zurückzuführen sind. Die Ausgaben der Militärverwaltung des Bundes sind für das zweite Halbjahr 1867 gesetzlich normirt und werden dem Art. 72. der Verfassung gemäß nachgewiesen werden. Die Bundes-Postverwaltung tritt erst mit dem 1. Januar 1868 ins Leben. Eine gemeinschaftliche Telegraphenverwaltung ist ebenfalls noch nicht hergestellt und liefert in diesem Jahre keine Ueberschüsse. Da endlich die Verwaltung der Marine in diesem Jahre noch für preussische Rechnung fortgeführt wird, so bleibt es bis zum Schlusse d. J. bei der bisherigen Verrechnung der Einnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern und sind daher die obigen 89,763 Thlr. durch Matrifularbeiträge aufzubringen. In Betreff des Verfahrens bei der Entlassung äußert Geh. Rath Günther seine Uebereinstimmung mit dem Referenten und das Haus tritt dem Gesetzentwurf ohne Einspruch und einstimmig bei.

Es folgt der Bericht der Petitionskommission.

1) Schumacher und Genossen beantragen Beseitigung der die Gründung von Buchhandlungen erschwernenden gesetzlichen Vorschriften, insbesondere Aufhebung des Buchhändlerregiments. — Es liegen mit Bezug hierauf 8 Petitionen vor. — Die Kommission beantragt: „Die Petitionen als Material zu der Gesetzgebung über den Gewerbebetrieb dem Bundeskanzler zu überweisen.“

Dieser Antrag wird angenommen, nachdem ihn Ref. Abg. Devens mit kurzen Worten empfohlen.

2) Kindler und Genossen in Rastenburg bitten, die Gewährung einer Volksvertretung im Rastenburg-Kreise zu veranlassen zu wollen. Die Kommission beantragt: „In Erwägung, daß zwar das Gesetz an sich zur Berücksichtigung geeignet erscheinen würde, daß aber, da nach Mittheilung des Bundeskommissars diese Angelegenheit bereits beim Bundesrathe behufs des nach Artikel 76 der Verfassung zunächst erforderlichen Verfahrens anhängig ist, zur Zeit keine Veranlassung zu einer Beschlußnahme des Reichstages vorliegt, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.“

Korreferent Abg. Wiggers (Koslow) empfiehlt den Antrag der Kommission und legt die Rastenburg-Verhältnisse näher dar. Rastenburg sei ein selbstständiges deutsches Land und nur durch Personalunion mit Mecklenburg-Strelitz verbunden. Es habe noch eine Verfassung, noch nie eine Vertretung, weder eine ständische, noch freigewählte gehabt und habe zum Reichstage gar nicht gewählt, sei also unterworfen. Da die Sache jedoch im Bundesrathe bereits anhängig sei, möge man einstweilen zur Tagesordnung über die an sich vollständig gerechtfertigte Petition übergehen.

Abg. Graf Bassewitz ist mit der Tagesordnung einverstanden, wünscht aber aus den Motiven den Satz: „daß zwar das Gesetz an sich zur Berücksichtigung geeignet erscheinen würde“ gestrichen zu haben, da man sich über die Sache selbst aus dem vorliegenden Material kein vollständiges Urtheil bilden könne.

Ref. Abg. v. Sagemeyer befürwortet dem gegenüber die unveränderte Annahme des Kommissionsantrages, der Reichstag falle durch die Annahme des Antrags kein Urtheil über die Sache selbst, sondern erkläre dadurch nur, daß er sich für berufen erachte, in Gemeinschaft mit dem Bundesrathe diese Sache zu entscheiden.

Der Antrag Bassewitz wird abgelehnt, der Kommissionsantrag unverändert angenommen.

3) Die Zubeigemeinden des Großherzogthums Mecklenburg-Schwerin bitten um Aufhebung der Beschränkungen der Juden im Genuße der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte, und Gleichstellung der Juden mit anderen Staatsbürgern.

Die Kommission beantragt: „Die Petitionen dem Bundeskanzler zu überweisen mit der Aufforderung, in nächster Session des Reichstages einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen alle noch bestehenden, aus den Verschiedenheiten des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte aufgehoben werden.“

Korreferent Abg. Dr. Endemann empfiehlt diesen Antrag und hebt die Beschränkungen hervor, denen in Mecklenburg die Juden noch unterworfen sind. Sie stehen dort in dem mittelalterlichen Schutzverhältnisse, dürfen sich an vielen Orten gar nicht, an anderen nur mit besonderer Erlaubnis und gegen Entrichtung eines Schutzelde niederlassen; bedürfen zum Gewerbebetrieb einer besonderen Konzession, sind vom Erwerb ländlicher Grundstücke ganz ausgeschlossen und bedürfen zum Erwerb städtischer Grundstücke eines besonderen Dispenses, sind von allen Staats- und Kommunalämtern, auch von der Advokatur u. ausgeschlossen. Die Dringlichkeit einer Abhilfe dieser Mißstände sei in der Kommission von seiner Seite verkannt worden. Nur über den Weg, auf welchem dies geschehen solle, sei man in Uneinigkeit gewesen. Denn daß die Gleichberechtigung aller Konfessionen ein notwendiges Postulat des modernen Staatsrechts sei, werde wohl Niemand bezweifeln. Ein Theil der Kommission sei nun der Ansicht gewesen, daß man zur Tagesordnung übergehen möge, da die mecklenburgische Regierung im Begriff sei, die Verhältnisse gesetzlich zu regeln, und da durch das Freizügigkeitsgesetz, das mit dem 1. Januar 1868 in Kraft trete, diese Ungleichheiten aufgehoben würden. Die Majorität der Kommission blieb aber trotzdem bei ihrem Antrage stehen, da man sich auf das erstere doch nicht unbedingt verlassen könne, durch das Freizügigkeitsgesetz aber nur die Gleichstellung in der bürgerlichen, nicht aber in den staatsbürgerlichen Rechten abgeben vom Religionsbekenntnis eingeführt werde. Dazu komme, daß noch in mehreren anderen Bundesländern, wie Anhalt und Lippe, diese Verhältnisse noch nicht geordnet wären; die Kommission habe sich in Folge dessen zu dem oben mitgetheilten weitergehenden Antrage entschlossen, der vollständig gerechtfertigt sei, da die Juden, die alle staatlichen Pflichten zu tragen haben, auch alle Rechte beanspruchen dürfen.

Das Wort verlangt Niemand. Der Präsident erklärt, daß er den Antrag als angenommen betrachten würde, wenn nicht ausdrücklich eine Abstimmung verlangt würde. — Abg. Graf Bassewitz verlangt eine Abstimmung; der Antrag der Kommission wird mit großer Majorität angenommen, dagegen nur die äußerste Rechte.

4) Sieben Petitionen aus Mecklenburg um eine konstitutionelle Landesverfassung mit freigewählten Vertretern beantragt die Kommission dem Bundeskanzler mit der Aufforderung zu überweisen, die geeigneten Schritte zu einer Reform der mecklenburgischen Landesverfassung im Sinne der Petenten baldmöglichst einleiten zu wollen.

Von dem Abg. Dr. Legidi wird beantragt: In der Erwägung, daß die in beiden Mecklenburg annoch bestehende altständische Verfassung ihrem inneren Wesen nach mit den der Verfassung des Norddeutschen Bundes zu Grunde liegenden Principien und den darauf begründeten Institutionen unvereinbar ist und durch den längeren Fortbestand dieser Intongruenz die nationalen Interessen in vielfacher Beziehung gefährdet werden müßten; daß aber eben darum auch der Erwartung Raum zu geben ist, es werden die groß. Regierungen zur Vermeidung eines direkten Einschnürens der Bundesgewalt auf eine jenen Principien und Institutionen entsprechende Umgestaltung und Ordnung der inneren Verfassungsverhältnisse des Landes in kürzester Frist Bedacht zu nehmen nicht ermangeln, — über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.

Der Referent Abg. Dr. Wiggers (Koslow): Die Petitionen tragen ungefähr 4000 Unterschriften mit den angesehensten Namen in wenigen Tagen

zusammengebracht, ohne daß durch Presse oder Versammlungen dafür zu wirken gestattet war. Es ist in demselben auf die Rechtsfrage kein Gewicht gelegt und auch die Kommission glaubte dieselben nicht unter dem Gesichtspunkte eines Rechtsstreites, sondern eines politischen Bedürfnisses betrachten zu müssen. Dieses politische Bedürfnis ist bereits vor 19 Jahren von beiden Landesherren, sowie von der Ritters- und Landschaft anerkannt worden, und der Einwand, daß diese Zugeständnisse nur eine Folge der aufgeregten Zeit gewesen seien, findet seine Widerlegung in einer Proklamation des Großherzogs Friedrich Franz vom 29. März 1848, in welcher er auspricht, daß er die Nothwendigkeit einer konstitutionellen Landesverfassung bereits seit langer Zeit erkannt habe. Heute ist die Verfassung, sind die Institutionen in Mecklenburg noch dieselben wie damals, das Bedürfnis ist aber um vieles dringender geworden durch die Schöpfung des Norddeutschen Bundes, durch den die Lasten bedeutend erhöht worden, ohne daß die bestehenden Institutionen eine Erleichterung ermöglichen. Dazu kommt, daß der mecklenburgischen Bevölkerung das Recht gegeben ist, im allgemeinen deutschen Reichstag zu vertreten zu lassen, während sie in ihren eigenen Landesangelegenheiten nicht mitzusprechen haben. Der Einwand, daß Sie durch Annahme des Kommissionsantrages Ihre Kompetenz überschreiten, ist durchaus ungerechtfertigt, obwohl ein der mecklenburgischen Regierung nahestehendes Blatt, der „Mecklenburgische Anzeiger“, einen solchen Beschluß im Voraus als verfassungswidrig bezeichnet. Der Antrag will den Bundeskanzler zu geeigneten Schritten auffordern, d. h. doch natürlich zu solchen, die sich innerhalb der Grenzen des Verfassungsrechtes bewegen. Als einen solchen würde ich ein durch den erforderlichen Nachdruck unterstütztes Schreiben des Bundeskanzlers betrachten, das schwerlich ohne Erfolg bleiben würde. Die Kompetenz des Reichstages selbst liegt aber in der Befugnis des selben, an der Gesetzgebung über das Staatsbürgerrecht mitzuwirken. Von der Minorität der Kommission wurde darauf hingewiesen, daß nach Art. 76 der Bundesverfassung Verfassungsstreitigkeiten zunächst vor den Bundesrat gehören, und daß Mecklenburg noch insofern eine exceptionnelle Stellung einnehme, als hier nach einem Gesetz vom Jahre 1817 jeder Verfassungsstreit durch ein von beiden Parteien gewähltes Schiedsgericht zu entscheiden sei. Hinsichtlich des letzteren bemerke ich jedoch, daß der Kompetenz dieses Schiedsgerichts nur Verfassungsstreitigkeiten zwischen dem Landesherren und den Ständen unterliegen. Ich empfehle Ihnen die Annahme des Kommissionsantrages.

Abg. v. Mallinckrodt: Der Reichstag muß sich seiner Kompetenz streng bewußt bleiben und vor jedem Uebergriff in fremde Rechtsphären hüten. Die Angelegenheiten aber, die zur Kompetenz des Bundes gehören, sind im Art. 4. der Bundesverfassung genau begranzt und nur die auf das Staatsbürgerrecht bezügliche Bestimmung könnte hierbei gezogen werden. Unmöglich kann derselbe aber eine Ausdehnung gegeben werden, die alle Einzelverfassungen in Frage stellt. Allerdings könnte der Reichstag seine Kompetenz zu solchen Abänderungen erweitern, doch müßte diese Kompetenzerweiterung dem Beschluß selbst vorangehen. Aus diesen Gründen kann ich mich den gestellten Anträgen nicht anschließen und beantrage einfache Tagesordnung.

Abg. Windhorst: Hinsichtlich der Kompetenz des Reichstages schließe ich mich den Ausführungen meines Vorredners an. Wenn es auch meine Privatansicht ist, daß eine Revision der mecklenburgischen Landesverfassung wünschenswert sei, so habe ich doch als Mitglied des Reichstages kein Anrecht, mich für die mecklenburgische Verfassung zu interessieren. Mit derselben Berechtigung würde morgen Sachsen kommen und übermorgen vielleicht Preußen um Abschaffung des Herrenhauses oder allgemeines Wahlrecht mit Diäten petitioniren. Man kann in diesen Dingen abweichende Ansichten haben, doch wäre es verwerthlich, derartige Wünsche auf diesem Wege realisiren zu wollen. In Fragen des Verfassungsrechts muß man den strikten Rechtsboden festhalten; ich stimme deshalb gegen den Kommissionsantrag ebenso wie gegen den des Abg. Legidi, weil auch dieser eine Kompetenz des Bundes voraussetzt, die ich nicht anerkenne.

Abg. Wiggers (Berlin): Sätten die Vorredner Recht, dann wären wir auch nicht berechtigt, die Zollvereinsverträge abzuschließen, weil sie eine Verfassungsänderung involviren. Ob der Bundeskanzler eine Verfassungsänderung vorschlagen oder was er sonst thun wird, das ist seine Sache. Daß der Artikel 78 der Verfassung überhaupt eine Gefahr für die Kleinstaaten hat, das wird Niemand bestreiten, das ist ja gerade der Vorzug der Verfassung. Die mecklenburgische Verfassung ist nun einmal nicht vereinbar mit der Bundesverfassung. Zur Bewilligung von Steuern ist das mecklenburgische Volk hier im Reichstage mitzuwirken berechtigt, zur Vertheilung derselben im Lande aber nicht. In allen civilisirten Staaten haben wir ein geordnetes Budgetsystem, in Mecklenburg nicht. Die hergebrachten Einnahmen aus dem Domanium, und auf diesen Einnahmen ruht die Pflicht, für die Bedürfnisse Sorge zu tragen. Es ist absolut unmöglich anzugeben, wie viel Einnahmen wir haben und welche Ausgaben davon bestritten werden. Das Domanium, zwei Fünftel des ganzen Landes, ist dem Verfehr ganz und gar entzogen. — W. s. im nächsten Monat schon soll die Ritters- und Landschaft zusammentreten, um über die Vertheilung der neuen Steuern zu beraten. Die Gefahr liegt nahe, daß dieselbe nicht so geschehen wird, wie es die Gerechtigkeit erfordert, daß das System fortgesetzt wird, das in 15 Jahren 60,000 Menschen zur Auswanderung aus Mecklenburg getrieben hat. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo Sie uns helfen können, wo Sie uns deshalb helfen müssen. Helfen Sie uns, ein freies und glückliches Volk zu werden. (Bravo.)

Abg. Graf Bassewitz: Ich bin für die einfache Tagesordnung; die beiden anderen Anträge gehen über unsere Kompetenz hinaus. Die Ausführungen der letzten Redner müßten mich beinahe bewegen, etwas mehr auf die mecklenburgischen Verhältnisse einzugehen und ich würde Ihnen dann zeigen, daß die Zustände des Landes an und für sich keineswegs solche sind, aus denen sich irgendwie demonstrieren ließe, daß eine Veränderung der Verfassung nöthig wäre. Es kommt sehr darauf an, mit welchem Pinsel man malt. Ich will aber darauf nicht eingehen (Heiterkeit und Bedauern links). Nun, wenn es gewinnlich wird, will ich es allerdings thun. (Heiterkeit.) Dann sage ich, zunächst haben wir uns eines Regiments zu erfreuen, das in seinem Thum und Wollen den Geist der Wilde, der Pflege ahmet, und Mecklenburg gehört zu den Ländern, die in vollem Maße den Vortheil eines freien Landes haben, daß für Jeden, er sei der Niedrigste, er sei der Höchste, Auge, Ohr und Herz des Landesfürsten offen steht. Daß dessen ungeachtet die Justiz diejenigen erreicht, die die Gesetze übertreten, kann natürlich nicht ausbleiben, aber im Ganzen zeigt es für unsere Institutionen, daß, wenn seit mehreren Jahren oft darüber verhandelt ist, ob das Kriminalgericht aufgehoben werden mußte, immer als Hauptursache die hingestellt ist, daß im Verhältnis zu der stets abnehmenden Zahl von Verbrechen das Kriminalgericht zu theuer sei. Es fehlt ihm an Arbeit. Die mecklenburgische Gesetzgebung hat die Aufgabe gelöst, daß man den Begriff eines heimathlosen gar nicht mehr kennt. (Heiterkeit.) Die Staatswirtschaft hat durch das Fehlen eines Budgets nicht gelitten. Uebrigens sind im Laufe der Zeit viel necessaria und extraordinaria dazugekommen, über die Rechnung geführt und gelegt wird. Das einzige Budget, das einmal vorgelegt wurde, war so hoch, daß man kein zweites erleben würde. (Heiterkeit.) Redner führt zum Schlusse aus, daß mit Annahme des Antrages der Kommission der Reichstag statt eines rechtschaffenden einen rechtsverachtenden Charakter bekommen würde.

Abg. Meyer (Thorn): In der Kommission wurde die Kompetenz ausdrücklich auf den Art. 76. der Verfassung begründet. Es wurde ein entscheidendes Gewicht gelegt auf die Thatfache, daß in Mecklenburg eine Verfassung bestanden hat im Jahre 1849, welche in Folge eines schiedsrichterlichen Spruches aufgehoben ist. Es war diese Verfassung nicht bloß geschriebenes Gesetz, sondern sie war in aktueller Thätigkeit und Wirksamkeit und die wurde aufgehoben durch den schiedsrichterlichen Spruch einer Behörde, die dazu bestimmt sein soll, derartige Streitigkeiten zu entscheiden. In der Kommission wurde aber die Ansicht festgehalten, daß auf den vorliegenden Fall die Entscheidung dieser Behörde ohne jeden rechtlichen Einfluß sei. Die Entscheidung jenes Schiedsgerichts beruhte auf der alten mecklenburgischen Verfassung. Aber um derartige Streitigkeiten hat es sich damals gar nicht gehandelt. Es hatte nicht den Boden einer unfreien Verfassung unter sich, auf dem es stand, sondern es mußte erst diesen Boden durch seinen Rechtspruch neu schaffen. Ein Gericht aber, welches ohne jeden Boden judizirt, ist ein juristisches Monstrum. Der damals bestehende Verfassungsstreit konnte also gar nicht durch diesen Spruch geschlichtet werden und ist nicht geschlichtet worden. Es liegt hiermit ein historischer Vorgang vor, der eine Verfassungsstreitigkeit ist. Wir haben für dergleichen das schützende und schirmende Dach zu sein. Mecklenburgs Fürsten — das erwidere ich dem Vorredner — geben uns hier gar nichts an. Es handelt sich hier bloß um ein Petition, das die Verfassung betrifft, und selbst bei dem besten Willen würden die Fürsten vielleicht nicht im Stande sein, dieselbe von den Wängeln zu befreien, die nach der Meinung der Petenten ihr anhaften.

Abg. Dr. Legidi: Diejenigen, welche diesen Fall eine Verfassungsstreitigkeit nennen, stehen auf einem andern Boden als die Petenten. Denn diese sehen in der Sache keinen Verfassungsstreit, die wollen nur zu einem Zustande gelangen, der ihnen wünschenswerth erscheint, als der gegenwärtige. Sie hätten sich im andern Falle der Bundesverfassung gemäß zuerst an den Bundesrath wenden müssen; erst nachdem die gütliche Ausgleiche, die der Bun-

desrath versucht, nicht gelungen ist, soll der Weg der Gesetzgebung beschritten werden. Ich halte es aber der Würde des hohen Reichstages nicht entsprechend, sich in einen Zustand einzulassen, in welchem er möglicherweise berufen sein könnte, das letzte Wort zu sprechen. Man darf nicht sagen, es ist ja nur eine Ueberweisung, eine Empfehlung an den Bundesrath, die geeigneten Schritte zu thun. Es fragt sich, ob wir die geeigneten Schritte, die wir dem Bundeskanzler empfehlen, zu empfehlen kompetent sind. Auch aus politischen Gründen, mit Rücksicht auf Süddeutschland bin ich gegen den Antrag der Kommission. Ich halte es für unpolitisch, gerade jetzt das Maß der Selbständigkeit, was den einzelnen Staaten noch gelassen ist, in Frage zu stellen. Wüssten wir uns nicht in die inneren Angelegenheiten Mecklenburgs ein, wenn ich auch anerkenne, daß die mecklenburgischen Zustände, daß namentlich die Staatsgewalt von ganz anderem Kaliber ist, als sonst in Deutschland. — Redner empfiehlt schließlich seinen Antrag auf motivirte Tagesordnung, der beiden Parteien gerecht werde, der zwar die Uebelstände anerkenne, aber nicht direkt in dieselben eingreife.

Abg. Dr. Endemann: Der Streit um die Kompetenz erinnert mich sehr an die Verhandlungen des alten Bundesraths, wo die Kompetenz immer dann nicht vorhanden war, wenn es galt, einzelnen Ländern eine freisinnige Verfassung zu geben. Für mich ist hier nicht allein die rein formelle juristische Auslegung maßgebend, sondern das politische Prinzip. Der Reichstag ist das oberste Organ des Norddeutschen Bundes, an das alle derartige Schmerzensschritte gerichtet werden müssen. Es ist ein unbedingtes Gebot des höheren politischen Rechtes, es ist eine sittliche Pflicht, daß die oberste Gewalt des Bundes dafür sorgt, daß die einzelnen Glieder sich in einer Verfassung befinden, wie sie dem Gemeinwesen entspricht. Es ist eine Anomalie, daß Mecklenburg verfassungslos ist und wir, die wir die Verhältnisse des Norddeutschen Bundes verbessern wollen, müssen diesem Uebelstande abhelfen suchen. Ich kann mir nicht denken, daß hieraus Nachtheile für den Anschluß des Südens entstehen könnten, wenn wir dafür sorgen, daß in Mecklenburg wirkliches verfassungsmäßiges Leben hergestellt wird. Wir wollen von den einzelnen Bundesstaaten nicht bloß Soldaten und Geld, sondern auch politische Intelligenz und Kraft, und die kann sich nur entwickeln, wenn verfassungsmäßiges Leben vorhanden ist. (Beifall.) Wir bescheiden uns gern mit der Anregung, die hierfür durch unsern Antrag gegeben wird, wir wollen die Petitionen an den Bundesrath abgeben, und ihn auffordern das Weitere zu veranlassen. Das ist aber auch das Mindeste, was der Reichstag thun muß. Es wird sich dann ja zeigen, ob bei dem Bundesrathe dann die Geschäfte eben so behandelt werden, wie es im alten Bundesrathe geschehen ist. Ich hoffe aber, daß sich der Bundesrat und Bundeskanzler der Sache annehmen werden, und ich meine, daß es wohl einer besonderen Bundes-Erektion nicht bedürfen wird. Ich glaube vielmehr, daß eine Bitte resp. das Ersuchen des Bundeskanzlers im Verein mit dem Bundesrathe wohl gefaßt und befolgt werden wird. (Beifall.)

Der Schluß der Diskussion wird angenommen; gegen den Kommissionsantrag waren noch eingeschrieben die Abgeordneten Windhorst, Wagener und v. Bernuth.

Korreferent Abg. Wiggers (Koslow) befürwortet nochmals den Kommissionsantrag und widerlegt die Angriffe gegen die Kompetenz des Reichstages; sodann wendet er sich gegen die Schilderung der mecklenburgischen Zustände, wie sie Abg. v. Bassewitz gegeben, und verliest einen Passus aus der Petition, worin allerdings gerade das Gegentheil von diesen Ansichten enthalten ist. In der Petition wird hervorgehoben, daß die mecklenburgischen Ständeeinrichtungen z. c. die Entwicklung eines unabhängigen Mittelstandes durchaus verhindern; daß eine große Zahl wohlhabender, gering besuener und mit allerhand Privilegien ausgestatteter Rittergutsbesitzer gegenüber steht der besitzlosen Masse, die ohne alle politischen Rechte das Recht z. c. z. c.; daß das ganze Land durch veraltete, jede geistliche Entwicklung ausschließende Einrichtungen und Zustände politisch und wirtschaftlich niedergedrückt sei. Diese Ansicht, fährt Referent fort, wird von 4000 Petenten bestätigt, und ist allerdings sehr abweichend von der des Grafen Bassewitz. Der Antrag Legidi geht nicht weit genug, da er den einzig richtigen kräftigen Ausdruck sagt und die Sache mit einem paar Phrasen tot machen will. Gerade nach der Meinung des Grafen Bassewitz, daß die mecklenburgische Verfassung ein so großes Glück gewahren soll, ist ein bestimmter Ausdruck durchaus erforderlich, damit das, was wir für ein Unglück halten, vom Lande abgewendet werde. Ich glaube allerdings nicht an die Lebensfähigkeit der mecklenburgischen Verfassung, aber ich halte es für wünschenswerth, ihren Todeskampf abzukürzen. Dies soll durch den Kommissionsantrag vermittelt werden. (Beifall.)

Mecklenburgischer Bundeskommissar v. Müller bestreitet die Kompetenz des Reichstages, ist aber in seinen Ausführungen sehr wenig verständlich, da das Haus sehr unruhig ist, Redner auch sehr störend und zusammenhangslos spricht. Er scheint auszuführen, daß die konstitutionelle Verfassung resp. Bundesvertretung noch nicht definitiv bestanden habe, da die Stände, durch deren Einverständnis mit der Regierung die Einführung derselben nur habe geschehen können, schließlich dagegen protestirt hätten, da die Regierung die versprochenen Bedingungen nicht erfüllt habe. Der beste Beweis dafür, daß die Volksvertretung noch nicht definitiv bestanden, sei der, daß gleichzeitig noch der engere Ausschuss der Verhältnisse in Thätigkeit gewesen sei. Die Ansicht des Abg. Wiggers (Berlin), daß Mecklenburg nicht im Stande sei, die Lasten für den Norddeutschen Bund zu tragen, müsse er bestreiten, das müsse man erst abwarten. Schließlich bittet Redner um Annahme der einfachen Tagesordnung.

Abg. Wachenhusen bittet im Interesse der Ordnung der mecklenburgischen Wirren um Annahme des Kommissionsantrages.

Abg. v. Mallinckrodt zieht seinen Antrag auf einfache Tagesordnung zurück und stellt den neuen Antrag: „Der Reichstag möge wegen mangelnder Zuständigkeit über die Petitionen zur Tagesordnung übergehen.“ — Der Antrag auf Schluß der Debatte wird wiederum angenommen.

Korreferent Abg. Wiggers (Koslow): [Die Rechte giebt Zeichen des Mißmuths darüber von sich, daß Referent nicht auf das Wort verzichtet.] Die Darstellung des Bundeskommissars in Betreff des rechtmäßigen Bestandes der konstitutionellen Verfassung ist nicht richtig. Die Abgeordnetenkammer war zusammengetreten und in Wirksamkeit. Ja, es waren unter ihrer Mitwirkung bereits Gesetze erlassen, und publizirt worden. Der engere Ausschuss der Stände war schon viele Monate vorher durch Waffengewalt, allerdings nur durch einen einzigen Soldaten (große Heiterkeit) auseinander getrieben worden; durch den Musketier Schlicht. (Heiterkeit.) Der über die Verfassungsstreitigkeit später erfolgte Schiedspruch ist von 2 vollständig unberechtigten Faktoren gefällt worden. Der Großherzog hatte nicht die Befugnis über die mecklenburgische Verfassung. Die Ritterschaft war aufgelöst und ihr Recht durch den Musketier Schlicht zur Ruhe gebracht. (Heiterkeit.) Der Schiedspruch besteht also nicht zu Recht, und ich sollte meinen, daß die mecklenburgische Regierung besser thäte, überhaupt nicht mehr auf jene Zeiten zurückzukommen, und jede Erinnerung daran abzulehnen.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Auf den Antrag des Abg. v. Bernuth soll im Einverständnis mit dem Antragsteller die Motivirung des Legidischen Antrags auf Tagesordnung getheilt und der Passus, der die Einschreitung der Bundesgewalt gegen Mecklenburg event. in Aussicht stellt, besonders zur Abstimmung gebracht werden.

Der Antrag auf einfache Tagesordnung wird abgelehnt; dafür nur die äußerste Rechte.

Der Mallinckrodt'sche Antrag auf Tagesordnung, wegen mangelnder Zuständigkeit, wird gleichfalls abgelehnt; dafür ein Theil der Konfessionen mit den Abgg. v. Vinde (Mörs), Meier (Bremen) u.

Der Schlußsatz der Motivirung des Antrages Legidi wird gleichfalls abgelehnt; für die Ablehnung mit der äußersten Rechten einzelne Ultraliberale, auch Graf Schwerin, Meier (Bremen), Stavenhagen (Halle), Vinde (Mörs); der Antrag Legidi, ohne den Schlußsatz, wird ebenfalls abgelehnt.

Es wird nun über den Kommissionsantrag abgestimmt; da auch nach der Gegenprobe das Resultat zweifelhaft ist, wird gezählt; da aber die Zählung nach sehr langer Dauer kein Resultat ergiebt, da die Stimmzähler theilweise vergessen haben, die dagegen Stimmenden zu zählen, wird auf den Antrag des Präsidenten namentlich abgestimmt und der Antrag der Kommission mit 106 gegen 102 Stimmen abgelehnt.

Abg. v. Wiggers enthält sich der Abstimmung. Dr. Brande stimmt mit den Liberalen, von denen jedoch manche Mitglieder aus nicht preussischen Staaten sich der Abstimmung entziehen. Mit Nein stimmten u. A. v. Rabenau, v. Savigny, Stavenhagen, beide v. Vinde, Graf Schwerin, Camphausen, v. Bernuth, v. Bodum-Dolfs, Schleiden. Das Centrum und die freie konfessionale Vereinigung hatten durchweg für Legidi's motivirte Tagesordnung ohne den Passus betr. das Einschreiten der Bundesgewalt gestimmt, einige Mitglieder stimmten auch für diesen Passus. Es ist somit in dieser Angelegenheit überhaupt kein Resultat erreicht.

5) Gemeindevorsteher und Bewohner von Lippe-Deinold bitten um Abhilfe dringender Mißstände auf staatlichem, religiösem und gewerblichem Gebiete, sowie des gänzlichen Mangels an Eisenbahnverbindung. Die Kommi-

(Fortsetzung in der Beilage.)

den Sonnabend statt.

Vertrauensmann, welcher mit dem Hauptmann zu Polen beauftragt werden soll, in nähere Verbindung treten soll.

an die angelegentlich seine begehren.
r. Volkstein, 23. October. [Zur Wahl.] Behufs der bevorstehenden Wahl der Wahlmänner ist die hiesige Stadt in zwei Wahlbezirke getheilt. Wahlvorsteher des ersten Wahlbezirks, der bei 276 Urmählern 6 Wahlmänner zu wählen hat, ist Herr Bürgermeister Feuer, und Wahlvorsteher des zweiten Wahlbezirks, der bei 246 Urmählern 5 Wahlmänner wählt, ist der Landrath Freiherr v. Urnube-Bomst. Die Zahl der sämtlichen Wahlmänner im Kreise Bomst beträgt 200. Was die zu wählenden zwei Abgeordneten für den Wahlkreis Bomst-Meseritz betrifft, so scheint die Wahl des hiesigen Kreisgerichtspräsidenten Herrn Hadenstein, der sowohl im hiesigen, als auch im Meseritzer Kreise eine sehr vortheilhaft bekannte Persönlichkeit ist, vollständig gesichert. Ueber die zu wählenden zweiten Abgeordneten, dessen Aufstellung dem Kreise Meseritz überlassen wird, verlautet noch nichts Bestimmtes. Es ist anzunehmen, daß die dortigen Konservativen ihr Augenmerk wiederum auf den jetzigen Hilfsarbeiter im Finanzministerium, früheren Landrath des Meseritzer Kreises, Herrn v. Klotzweil, richten. Ob diese Wahl aber unter den jetzigen veränderten Verhältnissen Anklang finden wird, ist abzuwarten. Ueber die Intentionen der Polen waltet ein tiefes Schweigen, was jedoch erfragungsmäßig auf eine allgemeine Theilnehmung ihrerseits an den Wahlen schließen läßt. Wollen daher die Deutschen in unserem überwiegend deutschen Wahlkreise siegen, so ist deutscher Seits ebenfalls eine rege Theilnehmung an der Wahl erforderlich.

Das Benutzen des Mistes mit Sauche ist zwar in manchen Gegenden der Palz, Rheingebieten &c. so allgemein im Gebrauche, daß man selbst in den kleineren Wirtschaften ein Pflügelwölbe mit Pumpe antreibt, welche letztere zum Bespritzen des Mistes mit dem kühle Verwendung findet. Da indessen unsern Vorfahrungen nach noch vielwärs dieses Verfahren gar nicht im Gebrauche ist so wollten wir nicht unterlassen, mit wenigen Worten, die Vortheile desselben hier anzudeuten. Eine regelrechte Zerlegung des Stallmistes kann nur erfolgen, wenn derselbe ein gewisses Maß von Feuchtigkeit enthält. Diefelbe verliert er aber, namentlich in den trocknen Sommer-tagen, durch Verdunstung; der Mist wird so in seiner Fäulniß ge- hemmt und schließlich schimmlich, was seinen Werth ganz wesentlich beeinträch- tigt. Daher muß es für nothwendig erachtet werden, im Sommer den Stall- mist täglich einmal auf der Düngerstätte mit Sauche zu überprügen, namentlich, da sich dadurch noch der weitere Vortheil ergibt, daß die im Sommer an den Mist massenhaft angelegt werdenden Insektenlarven durch die fortbreitende Fäul- niß des Düngers zerstört werden und der Boden vor Insekten bewahrt bleibt, welche die Pflanzenwurzeln angreifen und nicht selten die Maulwürfe schaaren- weise herbeiziehen.

* (Fingerverbrenner in China) Es wird oft behauptet, das dem Chinesen aller religiöse Fanatismus fremd sei. Gewiß kennt er die Art von

— Herr Dr. Friedrich Richter, durch patriotische Schriften und populäre Vorträge rühmlich bekannt, wird auch am hiesigen Orte zwei Vorträge halten, auf welche wir unsere Leser vorläufig aufmerksam machen. Der erste dieser Vorträge findet am kommenden Sonnabend statt.

Innerlichkeit und die Verfertigung in einen Gegenstand nicht in der Weise, wie wir sie bei abendländischen Völkern finden; er ist für Abstraktionen nicht geeignet und sein Sinn richtet sich vorzugsweise auf das Praktische und Greifbare. Aber die Ästhetik und die Selbstreinigung tritt allerdings auch bei ihm auf, so gut wie bei christlichen Sekten und Mönchen, die sich geistlich oder anderweitig ihren Leib mißhandeln, weil sie das für gottesgefällig und verdienstlich halten. Wenn so z. B. Kustand seine Selbstverbrenner hat, so kann China Fingerverbrenner aufweisen. Der „Shanghai Recorder“ berichtet Folgendes aus der Feder eines Engländers, der im April dieses Jahres von Ningpo aus den in der Nähe dieser Stadt liegenden Tempel Niu Wang besuchte: „Die dortigen Mönche sind neuerdings sehr in den Ruf großer Frömmigkeit gekommen. Als ich mich dort befand, waren eben zwei Priester dabei, sich die Finger abzubrengen, wobei sie folgendermaßen verfuhr: Um den Finger war unter dem zweiten Knöchel eine Schnur gebunden und so dicht wie nur möglich angezogen worden. Die übrige Hand hatte man mit einer Tonmasse derart umgeben, daß sie die Haut einhüllte und nur eben ein Finger herauslag. Um diesen hatte man Sandelholz gebunden. Nachdem dasselbe angezündet worden war, that man noch Harz und Del darauf. Der Priester saß frei in einem Beinhütle und hielt die brennende Hand auf den Altar. Ich blieb mehr als anderthalb Stunden neben ihm stehen und sah dem Selbstpeiniger zu. Die ganze Zeit über wurden die Gänge geschlagen und Gebete hergesagt. Hinter ihm stand ein alter Priester und hielt ihm die Hände auf die Schultern; an seinen Händen fehlten nicht weniger als fünf Finger, die er sich zu verschiedenen Zeiten abgebrannt hatte. Auf mich machte das Ganze den peinlichsten Eindruck, und ich bedauerte diese Kanakiter aus tiefer Seele.“ Wie Recht hatte Lucrez, von einer saeva religio zu sprechen!

Erklärung.

Die „Posener Zeitung“ schreibt in ihrem gestrigen Bericht über die Urwählerversammlung am 22. d. M. wörtlich: „Ein Komitemitglied versuchte den Widerspruch mit dem großen Worte niederzuschmettern: man wolle keinen „Krahehl“ hereinziehen und es komme ihm nicht bei, mit konservativem Arbeitsvieh zusammenzuarbeiten.“ Das Komitemitglied, welches diese Worte gesprochen, vielmehr nicht gesprochen hat, bin ich.

Ich habe — und ich berufe mich in dieser Beziehung auf das Zeugnis sämtlicher Theilnehmer an der Versammlung — im Wesentlichen Folgendes gesagt:

„Jedes Wahlkomitee habe viel zu arbeiten, und an und für sich könne es dem provisorischen Komitee — wenn es von der Versammlung als definitives bestätigt wird — nur angenehm sein, wenn auch konservative an seiner Arbeit Theil nehmen wollten. Aber man könne wohl keinem konservativen zumuthen, sich vom Komitee als bloßes Arbeitspferd verwenden zu lassen; man werde ihm vielmehr dann, wenn man ihm eben nicht Unwürdiges zumuthen wolle — auch einen Einfluß auf die Entschlüsse des Komitees zuerkennen müssen, dies werde einfach aber „Krahehl“ in das Komitee hineinbringen; denn während wir, wenn wir von „entschiedenen Liberalen“ sprächen, Männer von der Richtung der Herren Berger, Krieger, Eichhoffer, Pilet, v. Nordenfied, Vasker im Sinne hätten, werde einem konservativem schon ein Politiker von der Richtung des Herrn v. Treskow als entschieden liberal erscheinen. Aus diesem Grunde habe das provisorische Komitee einstimmig seinen politischen Charakter wahr zu müssen geglaubt und ich persönlich spreche dies hier noch einmal als meine Ueberzeugung und Ansicht aus.“

Posen, den 24. Oktober 1867.

Dr. Waldstein.

Wir haben die Einfindung nur soweit aufgenommen, als sie eine Berichtigung unseres Citats sein soll, das, wie wir es mitgetheilt haben, auch von einem anderen Mitgliede der Versammlung verstanden wurde, das sich dieserhalb zum Worte meldet. Jedenfalls hat Herr Dr. Waldstein hier ebenso wenig das frei Gesprochene wörtlich wiedergegeben, als wir es geben konnten, in der Sache geht es jedoch zu, daß das Komitee höchstens gewillt wäre, Mitglieder anderer Parteien als Kaufmännern zu benutzen, ihnen ein Stimmrecht aber nicht einzuräumen.

d. R.

Gewinn-Liste

der 4. Klasse 136. königl. preuss. Klassen-Lotterie.

(Nur die Gewinne über 70 Thaler sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

25 47 (500) 58 74 85 100 277 (200) 78 418 22 47 (100) 75 77 511 69 85 (2000) 626 57 61 719 838 55 56 968 92. 1002 5 29 153 (200) 67 251 303 11 53 68 86 404 14 61 87 514 23 631 45 745 51 82 811 57 73 904. 2014 103 212 17 87 375 400 3 18 84 550 (100) 630 78 (100) 724 26 807 8 (100) 16 20 48 945 98. 3002 24 44 53 197 262 302 401 20 22 519 52 55 633 49 79 741 820 907 (500) 21 31 88. 4006 (100) 8 71 105 74 (1000) 77 96 204 (200) 29 345 54 439 541 86 623 32 (500) 860 911. 5031 41 54 217 26 47 89 (2000) 352 (200) 70 (100) 93 586 620 700 13 21 68 75 833 37 51 87 966 67 (200). 6029 84 282 301 5 (100) 13 24 (200) 56 80 493 511 69 75 (200) 98 (100) 722 82 84 86 894 920 66 (200). 7053 (1000) 95 97 209 (100) 66 97 480 502 67 85 89 91 657 701 5 11 12 58 63 65 73 823 63 69 987. 8068 71 95 96 203 31 94 356 67 424 65 94 (100) 507 55 72 76 770 97 940 (100) 54 (100) 76 84. 9106 (500) 24 34 215 91 (100) 375 94 417 40 (1000) 53 91 531 621 715 824 (100) 41 (100) 45 53 87 92 911 46 90 96 99.

10,021 106 23 26 219 75 322 73 424 (1000) 515 28 69 74 98 653 60 (1000) 75 719 20 22 58 855 86 94 932 86 89 11,000 43 80 152 61 217 400 (200) 65 87 525 27 54 744 80 819

61 (500) 952 61 75. 12,020 43 115 26 33 (500) 318 35 75 401 85 97 536 45 53 (100) 633 80 725 (200) 43 71 87 857 982. 13,077 180 204 34 60 92 356 425 32 748 62 91 835 91 902 37 (20000) 52 80 96. 14,147 (100) 48 94 231 41 345 450 555 (100) 779 92 805 8 29 965. 15,023 135 42 295 325 96 437 60 (500) 539 95 (200) 631 736 96 913 41. 16,001 47 57 (100) 66 159 68 (100) 208 68 86 336 429 67 550 77 689 740 (100) 45 (100) 49 79 818 56 (100) 97 952 54. 17,009 41 106 18 22 86 95 229 51 472 79 517 44 630 41 61 64 769 (200) 837 904. 18,000 18 63 92 93 (100) 920 215 50 95 368 (1000) 79 91 464 (500) 592 635 760 93 879 922. 19,085 116 223 (2000) 99 357 (500) 70 510 16 84 633 78 (200) 81 84 702 (100) 7 825 45 (100) 58 (100) 82 900 37 76 (200).

20,016 (500) 77 169 209 20 52 353 406 (1000) 8 57 566 737 91 957 97. 21,127 (100) 75 91 209 60 469 71 91 526 28 (200) 33 45 651 77 93 95 (200) 748 814 997. 22,018 94 230 332 75 (100) 432 511 62 605 9 41 93 786 844 83 915 26. 23,027 63 122 85 222 43 374 414 35 40 532 78 670 87 701 807 30 50 (500) 941 69. 24,005 8 (200) 28 39 113 72 441 (1000) 55 70 (100) 91 516 69 646 74 743 62 72 838 90 962 (100). 25,018 88 156 62 91 214 35 59 312 25 (500) 51 99 458 518 49 53 603 14 765 (500) 855 63 955. 26,027 84 114 48 200 58 81 93 (100) 330 (100) 83 441 97 560 614 (1000) 34 65 89 720 89 811 62 931 (500) 92. 27,040 47 93 (200) 129 77 223 38 57 72 (100) 89 315 28 67 87 414 40 46 67 508 12 36 75 (100) 80 81 669 97 717 (500) 819 40 915 72. 28,040 146 55 59 99 364 417 (100) 577 (200) 94 603 54 747 83 901 28 31 44. 29,017 (100) 101 6 35 281 308 32 50 419 37 (200) 87 603 18 (100) 60 72 84 727 78 830 85 88 (100) 901.

30,026 95 98 219 395 412 (100) 20 21 89 95 563 81 94 618 760 803 14 990. 31,042 43 99 102 23 97 224 (100) 47 87 362 (100) 411 (100) 500 2 643 46 751 810 13 19 96 903 52 69 32,019 62 111 47 54 (100) 210 49 (100) 55 352 85 470 548 607 32 54 56 719 (200) 62 844 933 38. 33,021 75 85 147 (100) 260 316 66 (100) 78 82 98 99 502 88 89 (5000) 618 24 758 (200) 70 81 805 32 38 41 (500) 78 940. 34,080 238 (100) 65 (200) 86 97 317 (100) 62 482 562 99 619 (100) 712 (2000) 40 810. 35,152 55 71 269 80 84 (100) 87 308 67 452 537 648 96 (100) 714 33 (100) 46 88 922 30 76 (100). 36,158 (500) 80 87 203 69 (200) 466 82 (1000) 500 616 706 79 808 29 (1000) 52 915. 37,166 (100) 51 63 83 100 25 27 55 79 202 9 380 498 509 12 30 62 64 83 631 51 736 42 828 71 (100) 96 961 96. 38,013 28 182 231 301 26 36 (1000) 40 (100) 437 41 63 629 70 75 718 51 (200) 65 875 921. 39,016 109 21 88 244 76 90 335 51 64 77 405 41 97 (1000) 521 32 36 (1000) 59 631 761 821 29 55 80 96 (100) 900 5 (100) 92.

40,087 116 68 202 (100) 24 49 307 50 55 81 406 16 53 82 99 654 62 67 767 69 71 (100) 845 50 (500) 948 (500). 41,014 82 118 29 40 66 (1000) 419 (10,000) 74 516 48 694 759 75 822 (1000) 44 74 83 84 88 98 911 22 90 32 (200). 42,060 65 85 96 103 32 39 73 87 203 48 90 310 32 52 64 88 482 85 523 687 90 97 726 866 (1000) 72 920 36 95. 43,094 132 46 331 46 64 498 520 601 47 757 82 841 67 76 928 44 (100) 58 82 (200). 44,058 65 (200) 111 223 (100) 68 322 33 52 81 (100) 89 (200) 490 556 (1000) 88 96 628 38 722 86 833 48 50 923 94 (500). 45,032 58 (500) 87 114 16 91 206 31 354 83 422 60 633 40 61 63 97 954. 46,010 28 47 91 119 222 316 27 (100) 40 405 534 49 93 639 (100) 760 93 838 44 (100) 78 942 51 (100). 47,024 118 236 416 (200) 41 545 631 (100) 741 (100) 75 880 (100) 88 901 3 16 99. 48,004 70 (100) 107 201 2 317 (1000) 22 24 38 (200) 39 53 49 405 41 50 61 (100) 85 616 65 716 22 25 39 822 25 46 88 982. 49,079 (500) 103 7 76 291 328 (200) 62 504 (100) 71 616 58 (100) 82 99 815 98 951 82.

50,000 55 94 (1000) 188 257 497 516 608 29 755 (500) 62 847 (200) 74 929 33 48. 51,015 100 90 232 36 84 300 (100) 18 26 60 73 77 88 405 19 42 55 559 76 88 90 (2000) 602 55 71 778 874 (200) 902 16 18 30 (100) 58. 52,099 (100) 146 76 234 360 403 31 (200) 43 500 4 77 609 45 740 807. 53,081 98 248 334 406 503 80 97 691 702 44 894 (500) 904. 54,010 61 (200) 73 92 114 (200) 238 53 68 95 419 30 (100) 32 550 79 (500) 640 54 798 862 70 983 96. 55,088 182 85 228 35 (100) 82 313 45 405 634 (100) 75 722 47 835 57. 56,078 91 102 40 85 202 311 404 13 23 38 74 (1000) 612 (100) 700 (100) 24 31 813 58 86 902. 57,040 68 79 152 67 70 209 25 (500) 80 340 73 557 59 60 68 732 (100) 811 89 916 19 79 94. 58,004 23 54 271 (100) 309 428 67 70 508 (500) 614 738 43 812 75 901 51 88 97. 59,157 (200) 63 80 227 76 304 45 48 (500) 57 (100) 77 97 526 34 617 40 46 98 (100) 814 905 75.

60,039 138 44 (100) 201 28 63 77 309 86 400 13 584 (100) 703 37 77 82 96 830 79 918 32 69 84 92. 61,029 162 228 46 72 356 66 69 71 (100) 73 478 87 (1000) 95 536 40 (100) 84 86 96 644 58 88 753 (100) 908 58. 62,006 55 78 150 59 90 329 33 35 (100) 60 85 407 37 515 (100) 92 (100) 618 724 (200) 845 89 953 66. 63,012 17 69 133 88 252 305 553 74 736 46 69 81 838 96 933 65. 64,016 67 146 217 73 (500) 88 95 469 70 579 84 648 53 64 773 838 63 91 (200) 903 30 90 (100) 65,077 (100) 99 134 200 19 86 363 76 441 87 (200) 524 41 (1000) 63 86 741 44 56 93 (100) 820 (500) 86 (1000) 963. 66,024 (200) 27 80 167 235 37 89 310 13 83 452 712 14 (100) 26 38 45 82 854 922 (500). 67,040 90 (100) 124 68 77 212 375 99 400 23 78 84 534 80 675 95 99 776 78 836 59 91 969. 68,061 84 233 (200) 327 37 58 495 524

33 85 602 63 726 41 (100) 67 (500) 88 814 47 (500) 90. 69,020 47 48 190 250 67 99 339 49 401 16 19 42 (100) 90 97 552 64 78 621 84 87 727 (100) 87 896 931. 70,113 35 74 77 263 76 (100) 465 530 (1000) 50 (100) 645 76 718 (500) 970. 71,155 83 97 394 426 54 616 (100) 748 62 808 41 968 71 81. 72,018 57 176 260 (100) 65 98 (100) 307 (100) 86 88 437 63 97 (100) 632 42 81 704 (200) 35 (200) 78 90 856 926 70. 73,043 48 65 114 24 50 (200) 90 218 83 345 57 95 409 38 (100) 48 99 670 72 81 767 97 (1000) 824 46 54 909 (1000) 18 99 (100). 74,098 180 216 72 (100) 313 40 (200) 481 503 90 695 742 46 816 980 (1000) 99. 75,001 (1000) 73 75 132 40 75 213 20 34 48 63 (200) 65 90 313 410 15 53 501 54 80 (500) 647 707 803 7 39 (500) 45 909 23. 76,027 82 126 96 238 (100) 60 79 327 44 99 465 96 568 78 630 55 88 834 35 (100) 47 903 9 15 29 (100) 51 53 65. 77,071 206 24 33 86 97 99 (100) 325 60 78 95 (100) 416 27 53 82 699 716 815 (500) 44 (200) 911 (100) 51 (200). 78,039 420 44 89 501 14 625 50 60 88 781 95 835 (200) 51 61 (200) 87 931 37 62. 79,029 91 (1000) 99 (500) 167 68 274 80 423 36 (100) 75 622 (100) 33 59 (200) 90 (200) 703 18 (200) 67 863 96 919 91.

80,034 48 95 159 96 284 326 58 74 87 447 574 622 49 93 761 67 79 (200) 87 816 18 46 70 901 34 37 38 93. 81,028 55 63 67 75 124 58 62 (2000) 64 247 (200) 50 313 82 (200) 65 72 (500) 482 84 529 48 70 81 651 57 84 754 (1000) 805 66 (100) 67 69 993 (100) 96. 82,157 252 77 304 24 59 76 425 66 85 518 19 71 85 632 705 30 43 47 871. 83,057 (2000) 66 73 241 77 90 326 84 76 (200) 447 56 73 539 640 68 78 88 (100) 93 829 965. 84,109 (200) 342 67 416 74 509 (100) 614 (200) 31 722 58 90 97 938 61 98. 85,036 57 79 84 147 213 67 97 353 84 403 11 42 93 565 98 604 39 40 709 60 (500) 830 933 (100) 45 54. 86,091 137 208 62 63 77 309 44 62 449 520 77 (1000) 621 41 67 735 79 838. 87,031 44 (100) 49 72 86 (10,000) 102 59 64 218 50 358 411 58 581 82 679 710 819 23 (100) 61 (100) 943 52 77. 88,010 89 117 33 39 49 64 86 230 300 9 22 (2000) 42 58 402 40 52 76 85 86 (100) 504 20 (500) 95 (100) 671 86 741 (200) 59 83 836 42 51 946 (200). 89,046 102 41 (200) 91 280 327 70 78 485 88 (200) 505 82 612 (100) 24 25 (5000) 48 727 86 94 (1000) 881 918 56. 90,144 54 90 218 318 29 36 421 (100) 546 623 44 93 708 (100) 883 98 902 31 82. 91,018 35 (100) 138 358 75 88 94 497 501 78 659 877 974 85. 92,018 230 87 301 71 (500) 498 513 23 51 89 645 66 74 782 812 25. 93,001 18 122 (500) 51 62 93 273 328 35 404 7 33 60 81 544 610 57 75 747 74 841 46 965. 94,043 94 137 286 408 539 619 81 89 706 31 68 813 960.

Angelommene Fremde

vom 24. Oktober.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbesitzer v. Treskow aus Biebronka, v. Treskow aus Bolechowo, Martini aus Lutowo, Richter aus Giesle, Ditzig nebst Familie aus Lomocin und Epner aus Logowia, Banquier Witkowski nebst Frau aus Berlin, die Oberförster Kreutzinger aus Byguntowo und Wolff aus Grätz, die Kaufleute Pideret aus Schneberg, Strempel aus Leipzig, Brückner aus Annaberg, Hoffmann aus Breslau und Edel aus Berlin.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbesitzer Voigt aus Bydowo und v. Bienenstijn jun. aus Wapitow, Kreisphysikus Jacusiel aus Schwes, Studius Jacusiel aus Berlin, die Kaufleute Wagner aus Breslau, Wankiewicz aus Wissa, Jacusiel aus Berlin, Swirin, Blatow und Kaiser aus Kogaw, Arzt Dr. Kierski aus Belgard, die Cand. theol. Schid aus aus Poln.-Krone und Tamsel aus Anklam, Landwirth Rudolph nebst Familie aus Glupen.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Kaufmann Krämer aus Krefeld, die Rittergutsbesitzer Frau v. Tempelhoff nebst Töchter aus Dabromko und v. Bydlinki aus Plesko, Gutsbesitzer Jagielski aus Anusko, Baumier Watterne aus Glogau, Kreisrichter Krug aus Kogaw, Baumier Dhlauer aus Borsch, Fabrikbesitzer Wetter aus Brunn.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Partikulier Gonzales Jimenez aus Pargschau, die Rittergutsbesitzer Graf Mycielski aus Smogorzewo, v. Gorzinski aus Smielowo und v. Turno aus Obierzger.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer Graf Wninski aus Pamiatkowo, v. Koczorowski nebst Frau aus Jasin und Frau v. Rajewska aus Bielomo, die Gutsbesitzer v. Slawski nebst Familie aus Komornik und v. Wergynski aus Dapiowo, Propst Seydurski aus Dittorowo.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Frau Eigenthümerin Koch aus Breslau, Gerichtsaktuar Wozniacki aus Samter, Cand. theol. Jacobowsky aus Altenburg, Arzt Wille aus Neustadt b. P., Lieutenant Brall aus Schrimm, die Kaufleute Bernau aus Breslau, Schwarzmann aus Berlin, Brückner aus Erfurt, Greifsmann aus Wladenburg und Trepler a. Mainz.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Treskow aus Dwinst, v. Treskow aus Kniszin, Schönberg aus Lang-Goslin und v. Wielecki aus Niescham.

SCHWARZER ADLER. Propst Grotkiewicz aus Russkojce, Gutsbesitzer v. Sotolowski aus Niemierzyc, Partikulier Budzynski und Frau Einhorn aus Wnina, Frau v. Wolszjenska nebst Töchter aus Tarnowo, Student Sobieski aus Gnesen.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISHEN HOF. Die Kaufleute Schmann nebst Familie aus Wissa, Wnina aus Grünberg, Abraham aus Berlin, Gluckmann aus Woschin, Guttmann aus Wersitz, Witkowski sen. u. jun. aus Trzemeszno und Bachmann aus Warczyn.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Das Buffet des hiesigen Stadttheaters soll anderweit auf 1 Jahr, und zwar vom 1. Januar bis ultimo 1868 an den Meistbietenden verpachtet werden.

Der Licitationstermin hierzu steht auf dem 28. d. M.

Vormittags 11 Uhr vor dem Stadtschreiber 3. Behörde auf dem Rathhause an, wozu Pachtlustige eingeladen werden. Die Bedingungen sind in unserer Registratur einzusehen.

Posen, den 4. Oktober 1867.

Der Magistrat.

Berichtigung.

In dem in der Posener Zeitung gestern veröffentlichten Tableau hinsichtlich der am 30. d. M. stattfindenden Abgeordneten-Wahl ist für den 20. Wahlbezirk das Schulhaus Allerheiligenstraße statt: Schulhaus an der kleinen Gerberstraße Nr. 12. Parterre abgedruckt.

Das hiesige

Baumschulen,

Kunst- und Handelsgärtnerei

zu Grabowiec bei Samter.

Größte Auswahl in- und ausländischer Obst-, Schmuck- und Wald-Bäume, so wie Bier- und Obst-Sträucher, Staudengewächse etc. Preisverzeichnisse auf Verlangen franko und gratis.

Gebr. Zweiger.

Großes Pelzwaaren-Lager

befindet sich
Wasserstraße Nr. 27.

Philippsohn Holz.

Liebigs Fleisch-Extract
von Liebigs Company in South-America
in Büchsen à 1/2 Pfd., 1 Pfd. u. 1 1/2 Pfd. zu herabgesetzten Preisen empfiehlt
Dr. Mankiewicz, Apotheker.



Lilione

ist von dem k. preuß. Ministerium für Medicinal-Angelegenheiten geprüft und bestätigt die Eigenschaft, Frostschäden zu beseitigen, der Haut ihre jugendliche Frische wiederzugeben und alle Hautunreinigkeiten, als: Sommerprossen, Leberflecke, zurückgebliebene Pockenflecke, Fimmen, trockene und feuchte Riechen, sowie Rötthe auf der Nase (welche entweder Frost oder Schärfe gebildet hat) und gelbe Haut zu entfernen. Es wird für die Wirkung, welche binnen vierzehn Tagen erfolgt, garantirt, und zahlen wir beim Nichterfolg den Betrag retour.

Um Täuschungen zu vermeiden, wolle man genau beachten, daß auf dem Etikett: **Nothe & Co.** bemerkt sein muß. Preis pro ganze Flasche 1 Thaler.



Barterzeugung-Pomade,

à Dose 1 Thlr.

Dieses Mittel wird täglich einmal Morgens in der Portion von zwei Erbsen in die Hautstellen, wo der Bart wachsen soll, eingerieben und erzeugt binnen sechs Monaten einen vollen, kräftigen Bartwuchs. Dasselbe ist so wirksam, daß es schon bei jungen Leuten von 17 Jahren, wo noch gar kein Bartwuchs vorhanden ist, den Bart in der obengedachten Zeit hervorruft. Die sichere Wirkung garantirt die Fabrik von

Nothe & Co. in Berlin, Kammandantenstr. 31.

Die alleinige Niederlage befindet sich in Posen bei Herrn

Herrmann Moegelin,

Bergstr. 9., Ecke der Wilhelmstr.

Krystallhelles Petroleum

empfiehlt
A. Wulke.

Bereits längere Zeit als Directrice in bedeutenden Putzgeschäften fungirt, empfehle ich mich zur billigen Anfertigung aller hierin vorkommenden Arbeiten.

Antonie Kiese, Bäckerstr. 7. Parterre.

Potsdamer Stangenbier,

Gräker Bier

empfiehlt
H. Seiffert,
Capitalkapital 14.

Feinste Tafelbutter,

stets frisch, Schweizer-, Limburger, vorzügliche Sahntäse empfiehlt
A. Wulke, Wasserstr. 8/9.

Von heute ab verkaufe ich täglich frisch gebackenes Rindfleisch à Pfd. 6 Sgr., Schweine-Klopsfleisch und Bratwurst à Pfd. 6 Sgr., Karbonnade u. Weißbraten à Pfd. 5 Sgr. Alle Sorten Wurst- und Fleischwaren empfehle ich in feinsten Qualität zu realen Preisen.

Jeden Sonnabend früh 9 Uhr frische Semmelwürst.

F. Günter,

Wasserstraße 17., im Hartwigischen Hause.

Zum bevorstehenden Thurner Jahrmärkte ist Markt Nr. 436. ein großer Laden zu vermieten. Näheres bei **Ernst Willenberg in Thorn.**

Verdichtwoer Damm 6.

ist sofort oder Neujahr eine herrschaftliche Wohnung mit Stallung zu vermieten.

Ein freundl. möbl. großes Zimmer vorn heraus, ist für einen, auch zwei Herren, mit Bett und Büschelgelaß, z. v. St. Adalbert 41/42. 3 Treppen rechts.

Ein freundliches möblirtes Zimmer zu verm. **St. Martin 41.,** Parterre rechts.

Reue Straße 4.

ist ein fein möbl. Zimmer zu vermieten. Zu erfragen bei **C. Bardsfeld.**

Friedrichstr. 19.

2. R. 2. möbl. St. z. verm. Al. Gerberstr. 9. i. S. rechts ein möbl. 3. b. z. v. Hierdurch warne ich, meiner Tochter Sophie irgend Etwas auf meinen Namen zu borgen, indem ich für Nichts aufkomme.

Posen, den 24. Oktober 1867.

Ignatz Franke.

Die jetzt gesetzlich gestattete herzoglich Braunschweiger Lotterie beginnt

am 12. f. Monats.

Es kommen hierin folgende Haupttreffer zur Entziehung: 100,000 Thaler, 60,000, 40,000, 20,000, 2mal 10,000, 2mal 8000, 2mal 6000, 2mal 5000, 2mal 4000, 2mal 3000, 2mal 2500, 4mal 2000, 5mal 1500, 105mal 1000 Thaler etc. etc.

Der Gesamtverlosungsbeitrag repräsentirt die Nummer von **Einer Million, 108 Tausend, Siebenhundert Thaler.**

Originallosse (keine Promessen), 1/4 à 4 Thlr., 1/2 à 2 Thlr., 1/4 à 1 Thlr., halte hierzu bestens empfohlen.

Aufträge gegen Baarsendung oder Postvorschuß, werden prompt ausgeführt und im Gewinnfalle strengste Discretion zugesichert. Ziehungsliste jeder Klasse gratis! Da die Beilegung eine sehr große sein wird, wolle man Aufträge raschstens direkt einsenden an

J. Dammann,

angestellter herzogl. Braunsch. Hauptkollektur, Hamburg.

Auf dem Gute **Kunkolewo** bei Budzin wird zum sofortigen Antritt bei persönlicher Meldung ein Wirthschafts-Inспекtor gesucht.

Schneidergesellen,

feine Arbeiter, finden dauernde Beschäftigung bei

C. Ehlert,

Markt 72.

Ein Elementarlehrer,

mit 200 Thlr. Gehalt und freier Wohnung, wird zum sofortigen Antritt für die hiesige höhere Knabenschule gesucht. Meldungen nimmt der Herr Pastor **Schöllner** entgegen.

Bronse, im Oktober 1867.

Ein Destillateur, welcher mit der Fabrikation feiner Liqueure vollkommen vertraut ist, wird für eine Raffinerie und Destillation nach Ruß. Polen gesucht.

Reflektirende wollen sich unter Einsendung ihrer Adresse an Civil-Ingenieur **Johannes Linz** in Ratibitz melden.

Der Wirthschaftsschreiber-

posten

auf dem Dominium **Kurawo** ist sogleich oder Neujahr zu besetzen.

Schneiderinnen, im Anfertigen von Kinderkaberoben gewandt, finden dauernde Beschäftigung bei

R. Schwerin, Wilhelmstr. 26.

Ein Laufbursche

kann sich melden bei

C. Ehlert, Markt 72.

Schiller complett nur Einen Thaler. Derselbe gebunden zwei Thaler. Aufträge hierauf erbittet

J. J. Heine,

Markt 85.

Freunden und Bekannten hierdurch die Anzeige, daß ich meinen Wohnort von Schwerin nach meinem Gute **Klejszewo** bei Kofczyn verlegt habe, und bitte zugleich, alle Briefe als Werthstücke an mich nunmehr nach Klejszewo zu adressiren.

Robert Keiler
aus Schwerin.

In diesen Tagen erscheinen:

Schillers sämtliche Werke,

12 Bände nur 1 Thaler.

In 6 geschmackvollen Einbänden 2 Thaler. Druck, Format und Papier gleicht vollständig der Cotta'schen Originalausgabe. Bestellungen sieht entgegen

M. Leitgebers Buchhandlung, Wilhelmplatz 3. (Hotel du Nord).

Außerordentliche

General-Versammlung der Krankenverpflegungs- und Beerdigungs-Gesellschaft Sonnabend Abend 7 Uhr in Keilers Hotel.

Tagesordnung.

Abänderung des Wahlmodus und einiger statutarischen Bestimmungen.

Der Vorstand.

Für die arme Lehrerr Wittve

hier selbst sind neuerdings noch wieder bei mir eingegangen: Von C. R., Dobornik, 1 Thlr., nebst einigen Kleidungsstücken (Ertrag einer Sammlung unter einigen evangelischen und jüdischen Schülern). Vom Herrn Apotheker Holz hier selbst, 1 Thlr. Von dem ord. Lehrer an der Vorhule des Kgl. Friedr.-Wilh.-Gymnasiums zu Posen, Herrn Schipke, als Ertrag einer in der General-Versammlung des Lehrerbienfahens-Vereins der Provinz Posen veranstalteten Sammlung, 6 Thlr. 15 Sgr.

Zusammen sind nunmehr 109 Thlr. 14 Sgr. 9 Pf. 1 Scheffel Erbsen und einige Kleidungsstücke für die schwergeprüfte Frau bei mir eingegangen, und werde ich auch weitere milde Beiträge für dieselbe eben so freudig, als dankbar entgegennehmen.

Kurnit, den 23. Oktober 1867.

La Roche, praktischer Arzt etc.

Familien-Nachrichten.

Nathalie Markowicz,
Zsador Unger.
Verlobte.

Anastazewo. Strzalkowo.

Heute Nachmittag 1 Uhr wurde meine gute Frau **Anna geb. Jacobi** von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden.

Wierzeja, den 23. Oktober 1867.

S. Rouvel.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verbindungen.

Herr Carl Langrod mit Frä. Emilie Deijerth, Prediger Paul Trappe in Wülfershausen a. d. D. mit Frä. Caroline Buchholz in Rönnow, Lieutenant R. Stein mit Frä. Elise Anderich in Kalgen b. Königsberg i. P.

Geburten. Ein Sohn: dem Landrath a. D. Freiherrn W. v. d. Ned in Stodhausen, dem Hauptmann im Feld-Artillerie-Regiment Nr. 9. Weigelt in Mendenburg. — Eine Tochter: dem Dr. D. Röthig in Berlin, dem Ingenieurleutnant Döhm in Magdeburg.

Todesfälle.

Kaufmann Albert Lemme in Stolp, Kreisgerichts-Rath Heinrich Erdmann v. Ködiger in Glogau, Hauptmann a. D. Alexander v. Wach in Dresden, Frau Caroline Pohl in Berlin, Frau Dr. Adele Altmann in Berlin, Frau Dorothea Wilhelmine Herrmann in Berlin, Frau Elise Lemme in Neuenhof, Frau Friederike v. Thum in Stralsund.

Volksgarten-Saal.

Heute Konzert. Anfang 7 Uhr.

C. Walther.

Stadttheater in Posen.

Heute Donnerstag: **Die Journalisten.**
Aufspiel in 4 Akten von Gustav Freitag.

Morgen Freitag
zweite Vorstellung im ersten Abonnement:

Gaar und Zimmermann,

oder: **Die beiden Peter.**
Komische Oper in 3 Aufzügen von Albert Goring.
Von heute ab sind die Preise des 2. Ranges 6 Sgr., des 3. Balken 4 Sgr., der Gallerie 2 1/2 Sgr.

Die Direction.



Circus S. Blumenfeld.

Heute große außerordentliche Vorstellung der höheren Reitsport, Pferdebrennerei, Gymnastik, Pantomimik und Ballet-Tänze.

Freitag den 25. Oktober 1867. Große Vorstellung zum Benefiz für Herrn **Alexander Biennow.** Zum Schluß der Vorstellung zum ersten Mal: **Wazypas Verbannung nach der Ukraine unter die wilden Pferde.**

Konzert im Logenjaale.

Sonnabend den 26. Oktober 1867.
Abends 7 1/2 Uhr.

Programm.

- 1) Arie aus **Zauberflöte** von Mozart, vorgetragen von Herrn **Sartmann.**
- 2) Lied: **Die Wasserrose** von Proch, vorgetragen von Frä. **v. Snyrowska.**
- 3) **Fantasia** für die Violine von Leonhardt, vorgetragen vom Kapellmeister Herrn **Walther.**
- 4) Lied: **Die Perlen** von Stiller, vorgetragen von Herrn **Sartmann.**
- 5) Auf allgemeines Verlangen: **Das Lied vom Frauenherzen.** Dekl. von Saphir. Musik von Proch, vorgetragen von Herrn **Leon Gef.**
- 6) Arie aus **Oberon** von Weber, vorgetragen von Frä. **v. Snyrowska.**
- 7) **Die Leipziger Stadtsoldaten.** Dekl. von Baron v. Bergglas, vorgetragen von Herrn **Leon Gef.**
- 8) Arie aus **Schöpfung** von Haydn, vorgetragen von Herrn **Stiller.**
- 9) **Zehnleiter eines Mannernamens.** Dekl. von Saphir, vorgetragen von Frä. **Wahr.**
- 10) Lied: **Gute Nacht, du mein herzliches Kind** von Abt, vorgetragen von Frä. **v. Snyrowska.**

Billets à 10 Sgr. sind vorher in der Musikalienhandlung von **Schlesinger & Spiro,** Friedrichstr. 36., und Abends an der Kasse zu haben.

Zu freier Wurst nebst Tanz auf Sonnabend den 26. d. Mts. ladet ergebenst ein

G. Trogisch.

Eichwaldstraße.

Börsen-Telegramme.

Wie zum Schluß der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Stettin, den 24. Oktober 1867. (Marcuse & Maas.)

Not. v. 23.		Not. v. 23.	
Weizen, ruhig.	98 1/2	Rübsöl, matt.	11 1/2
Oktober	99	Oktober	11 1/2
Oktober-Novbr.	96	April-Mai 1868	11 1/2
Frühjahr 1868.	94	Spiritus, fest.	21 1/2
Roggen, fester.	74 1/2	Oktober	20 1/2
Oktober	74	Oktober-Novbr.	19 1/2
Oktober-Novbr.	72 1/2	Frühjahr 1868	20
Frühjahr 1868.	69 1/2		

Börse zu Posen

am 24. Oktober 1867.

Ronds. Posener 4%, neue Pfandbriefe 85 1/2 Br., do. Rentenbriefe 89 Br., do. 5% Provinzial-Obligationen —, do. 5% Kreis-Obligationen 98 Br., do. 5% Obra-Meliorations-Obligationen 98 Br., polnische Banknoten 83 1/2 Br., Schubiner 4 1/2%, Kreis-Obligationen —, polnische Liquidationsbriefe —.

[Amtlicher Bericht.] **Roggen** [p. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Herbst 70, Oktbr. 70, Oktbr.-Novbr. 67, Novbr.-Dezbr. 64 1/2, Dezbr. 1867 und Jan. 1868 64, Frühjahr 1868 64 1/2.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000% Tralles] (mit Faß) gel. 36,000 Quart, pr. Oktbr. 20 1/2, Novbr. 19 1/2, Dezbr. 19 1/2, Jan. 1868 19 1/2, Febr. 1868 19 1/2, März 1868 19 1/2.

[Privatbericht.] **Wetter:** Rauch. **Roggen** steigend, gel. 25 Bispel, pr. Herbst 70 1/2, Oktbr. u. Br., Oktbr.-Novbr. 67 1/2 u. Br., Novbr.-Dezbr. 65 Br., 64 1/2 Br., Dezbr.-Jan. 65 Br., 64 1/2 Br., Frühjahr 65 Br. u. Br.

Spiritus höher, gel. 36,000 Quart, pr. Oktbr. 20 1/2, — 1/2 u. Br., Novbr. 19 1/2 u. Br., Oktbr. 19 1/2, — 1/2 u. Br., Jan. 19 1/2 u. Br., Febr. 19 1/2 u. Br., März 19 1/2 u. Br., April-Mai 19 1/2 u. Br.

Produkten-Börse.

Berlin, 23. Oktbr. Wind: DSD. Barometer: 28°. Thermometer: Grad 5° +. Witterung: Sehr schön.

Eine Preissteigerung für Roggen von nahezu 2 Rt. für den Oktober-Termin haben wir zu konstatiren, alle anderen Sichten folgten dem Aufschwung zögernd und je entfernter die Lieferung, desto geringer ist der Aufschwung im Preise, von welchem schließlich etwas wieder verloren ging. Loko zahlte man widerstrebend höheren Preis; was gekauft wurde, gelang zum bei weitem größten Theil in die Kündigung. Gefündigt 3000 Ctr. Kündigungspreis 74 1/2 Rt.

Weizen wurde etwas besser bezahlt. Gefündigt 7000 Ctr. Kündigungspreis 87 1/2 Rt.

Hafers loco ließ sich etwas höher verwerthen. Termine in beschränktem Verkehr, aber fest.

Rübsöl eröffnete fest, schließt aber matt. Preise sind nicht viel verändert. Spiritus hat schließlich Aufschwung erfahren. Gleich Anfangs begegnete man nur den erheblich gesteigerten Forderungen, die auch mit leidlichem Erfolge aufrecht erhalten wurden, denn es gab keine dringlichen Verkäufer. Gefündigt 190,000 Quart. Kündigungspreis 20 1/2 Rt.

Weizen loco pr. 2100 Pfd. 88 — 104 Rt. nach Qualität, gelber und weißer schief. 100 a 102 Rt. bz., pr. 2000 Pfd. per diesen Monat 87 1/2 Rt. bz., 87 Br., Oktbr.-Novbr. 87 1/2 bz., 87 Br., Novbr.-Dezbr. 87 1/2 a 87 bz., April-Mai 88 1/2 a 89 bz., 88 1/2 Br.

Roggen loco pr. 2000 Pfd. 72 1/2 — 74 1/2 Rt. bz., per diesen Monat 74 a 75 a 74 1/2 Rt. bz., Oktbr.-Novbr. 72 1/2 a 73 bz., Novbr.-Dezbr. 71 a 71 1/2 bz., Dezbr.-Jan. 70 1/2 a 71 1/2 bz., April-Mai 69 1/2 a 70 1/2 bz.

Gerste loco pr. 1750 Pfd. 49 — 58 Rt. nach Qualität.

Hafers loco pr. 1200 Pfd. 32 1/2 — 35 Rt. nach Qualität, 34 a 34 1/2 Rt. bz., per diesen Monat 33 1/2 a 34 1/2 Rt. bz., Oktbr.-Novbr. 32 1/2 a 33 1/2 bz., Novbr.-Dezbr. 32 Rt. nominell, April-Mai 32 bz.

Erbsen pr. 2250 Pfd. Roggenwaare 70 — 80 Rt. nach Qualität, Futterwaare 70 — 80 Rt. nach Qualität, Mittel- 73 1/2 Rt. bz.

Raps pr. 1800 Pfd. 84 — 91 Rt. Rübsen, Winter, 82 — 88 Rt.

Rübsöl loco pr. 100 Pfd. ohne Faß 11 1/2 Rt. bz., per diesen Monat 11 1/2 a 11 1/2 Rt. bz., Oktbr.-Novbr. 11 1/2 a 11 1/2 bz., Novbr.-Dezbr. 11 1/2 a 11 1/2 bz., Jan. 11 1/2 Rt., Jan.-Febr. 11 1/2 a 11 1/2 bz., April-Mai 11 1/2 Br., 11 1/2 Br.

Leinöl loco 14 Rt. für Kleinigkeiten bz.

Spiritus pr. 8000% loco ohne Faß 20 1/2 Rt. bz., per diesen Monat 20 1/2 a 21 a 20 1/2 a 1/2 Rt. bz., Br. u. Br., Oktbr.-Novbr. 19 1/2 a 1/2 u. Br., 1/2 Br., Novbr.-Dezbr. 19 1/2 a 1/2 u. Br., Jan.-Febr. 19 1/2 bz., Febr.-März 19 1/2 bz., April-Mai 19 1/2 u. Br., 1/2 Br.

Weizenmehl Nr. 0. 6 1/2 — 6 1/2 Rt., Nr. 0. u. 1. 6 1/2 — 6 Rt., Roggenmehl Nr. 0. 5 1/2 — 5 1/2 Rt., Nr. 0. u. 1. 5 1/2 — 4 1/2 Rt. bz. pr. Ctr. unverfeuert.

Stettin, 23. Oktbr. [Amtlicher Bericht.] Wetter: Bewölkt, + 13° R. Barometer: 28. 2. Wind: SW., leicht.

Weizen niedriger, p. 2125 Pfd. gelber 90 — 100 Rt., p. 83 1/2 Pfd. gelber pr. Oktbr. 99 — 98 Rt. bz., Br. u. Br., Oktbr.-Novbr. 95 bz., 95 1/2 Br., Frühjahr 93, 92 1/2, 93 bz. u. Br.

Roggen fester, p. 2000 Pfd. loco 74 — 75 1/2 Rt., geringer 69 — 72 Rt., pr. Oktbr. 74 — 73 1/2, 74 Rt. bz., Oktbr.-Novbr. 71 1/2, 72 bz. u. Br., Frühjahr 68 1/2, 69 bz. u. Br.

Gerste loco p. 1750 Pfd. Oberbr. 53 — 54 Rt. bz., mähr. u. schief. 55 Rt. Hafers loco p. 1300 Pfd. 34 1/2 — 35 Rt.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafers	Erbsen
94 — 100	70 — 73	50 — 54	31 — 36	66 — 70 Rt.

Heu 18 — 25 Sgr., Stroh 7 — 8 Rt.

Kartoffeln 26 — 28 Sgr.

Rübsöl niedriger, loco 11 1/2 Rt. Br., 11 1/2 bz., 1 abgelassene Anmeldung 11 Rt. bz., pr. Oktbr. 11 1/2, — 1/2 Rt. bz., 1/2 Br., 1/2 Br., Oktbr.-Novbr. 11 1/2 Br., April-Mai 11 1/2 Br., 1/2 Br.

Rapskuchen, auswärtige frei Bahn 2 Rt. 3/4 Sgr. bz.

Spiritus schließt fest und höher, loco ohne Faß 21 1/2, 21, 21 1/2 Rt. bz., pr. Oktbr. 20 1/2, 2, 1/2 Rt. bz., Oktbr.-Novbr. 19 1/2 Br. u. Br., Frühjahr 20 Br.

Regulirungspreise: Weizen 98 1/2 Rt., Roggen 73 1/2 Rt., Rübsöl 11 1/2 Rt., Spiritus 20 1/2 Rt.

Angemeldet: 150 Bispel Weizen, 200 Centner Rübsöl, 20,000 Quart Spiritus.

Leinsamen, Bernauer pr. Febr. 15 Rt. bz.

Petroleum loco 7 1/2 Rt. gef., für kleine Partien 7 1/2 Rt. bz., pr. Novbr. 7 1/2 Rt. bz. u. Br., pr. Novbr.-Dezbr. 7 1/2 Rt. Br., pr. Jan. 7 1/2 Br.

Sering, schott. Crown und full Brand 11 1/2 — 11 1/2 Rt. tr. nach Qualität bezahlt.

(Offi.-Stg.)

Breslau, 23. Oktbr. [Produktenmarkt.] Wind: W. Wetter: Kühl, neblig, früh 3° Wärme. Barometer: 28° 1/2. Für Getreide zeigte sich am heutigen Markte festere Stimmung, bei der Preise theilweise höher waren, der Geschäftsverkehr blieb jedoch ruhig und demzufolge der Umsatz beschränkt.

Weizen in fester Haltung, wir notiren p. 84 Pfd. weißer 101 — 108 — 116 Sgr., gelber 100 — 105 — 112 Sgr., feinsten 2 — 3 Sgr. über Notiz bezahlt. Roggen gut behauptet, wir notiren p. 84 Pfd. 84 — 86 Sgr., feinsten 87 Sgr. bezahlt.

Gerste ungefähr preishaltend, wir notiren p. 74 Pfd. 58 — 66 Sgr., weiße darüber bezahlt.

Hafers blieb gefragt, p. 50 Pfd. 35 — 37 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt.

Hülsenfrüchte. Roggenbrenn gefragt, Angebot mangelhaft, 78 — 82 Sgr. Futtererbsen a 72 — 76 Sgr. p. 90 Pfd.

Wicken vereinzelt beachtet, p. 90 Pfd. 54 — 57 Sgr.

Bohnen schwach beachtet, p. 90 Pfd. 88 — 96 Sgr., feinste über Notiz.

Lupinen ohne Frage, p. 90 Pfd. 35 — 40 Sgr.

Buchweizen offerirt, p. 70 Pfd. 58 — 61 Sgr.

